

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe gemeinsam die Tagesordnungspunkte 2a und 2b auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

**zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2010) (Drs. 16/3081)**

- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

**zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2009/2010 (Nachtragshaushaltsgesetz -
NHG - 2010) (Drs. 16/3082)**

- Erste Lesung -

Ich erteile zunächst dem Staatsminister der Finanzen, Herrn Georg Fahrenschon, das Wort.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf den Tag genau vor einem Jahr fand in diesem Hohen Haus die Erste Lesung zum Doppelhaushalt 2009/2010 statt. Damals, vor zwölf Monaten, hatte die weltweite Finanzmarktkrise die Weltwirtschaft fest im Griff. Der Schockstarre des Novembers und des Oktobers waren düsterste Prognosen gefolgt. Man sprach von Weltrezession. Man sprach davon, dass es insbesondere in Deutschland wieder zu einer Massenarbeitslosigkeit mit Zahlen in der Größenordnung von fünf Millionen kommen werde.

Ja: Zwölf Monate später ist diese Krise bei Weitem noch nicht ausgestanden. Ja: Bayern kann und konnte sich dieser weltweiten Krise nicht entziehen. Bayern zeigt aber jetzt Stärke. Mit einer gewaltigen Kraftanstrengung von Politik und Gesellschaft, von Unternehmen und Arbeitnehmern, haben wir in den letzten zwölf Monaten der Krise getrotzt. Wir haben uns erfolgreicher als viele andere dieser Herausforderung entgegengestellt. Wir haben die niedrigste Arbeitslosenquote. Bayern hatte im Jahr 2009 netto

die meisten Unternehmensneugründungen. Zwölf von dreizehn deutschen Top-Regionen liegen in Bayern. Unsere Kommunen haben nach wie vor die höchste Investitionsquote in Deutschland.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist kein Zufall, sondern das Ergebnis einer bewährten bayerischen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Bayern ist nicht von allein vom Agrarland zu einer der führenden Industrie- und Wirtschaftsregionen Europas aufgestiegen. Vielmehr haben die Menschen hart gearbeitet. Die Politik hat die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben gemeinsam Bayern zu einem der attraktivsten Standorte in Deutschland und Europa gemacht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Gerade weil in den letzten zwölf Monaten eine ganze Anzahl von entscheidenden Diskussionen geführt und wichtige Beschlüsse gefasst wurden, möchte ich kurz daran erinnern: Während die Staatsregierung nach der Landtagswahl schon in ihrer ersten Klausur noch im November 2008 ein Investitionsbeschleunigungsprogramm mit einem Volumen von 1,7 Milliarden Euro durch Bündelung, Beschleunigung und Vorziehen von Investitionen auf den Weg gebracht hat, während die Staatsregierung und die sie tragenden Fraktionen von CSU und FDP den Doppelhaushalt so schnell wie möglich verabschiedet haben, war es die Opposition, die einen Neuanfang gefordert hat, durch den man wichtige Zeit hätte verloren gehen lassen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Während wir uns durch die schnelle Behandlung des Doppelhaushalts in Richtung Planungssicherheit und klare Signale für die Menschen und Unternehmen in Bayern begeben haben, haben Sie auf Unsicherheit gesetzt. Wenn wir damals Ihrem Rat gefolgt wären, wäre das Jahr 2009 schlechter gelaufen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dasselbe Spiel fand in den letzten zwölf Monaten im Zusammenhang mit der Mai-Steuerschätzung statt. Die Staatsregierung hat klug auf die Mai-Steuerschätzung reagiert. Wir haben verwaltungsintern Einsparungen organisiert. Wir haben im Mai gleichzeitig aber auch ein klares Signal der Stabilität gesetzt, damit sich die Unternehmen, die Kommunen und die Menschen in Bayern auf die Aussagen des bayerischen Staatshaushalts verlassen können und damit Investitionen getätigt werden können. Denn Investitionen sichern Arbeitsplätze, und das ist unsere vordringliche Aufgabe, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Sie allerdings haben im Zusammenhang mit der Mai-Steuerschätzung schon wieder einen Nachtragshaushalt gefordert. Sie haben wiederum das falsche Instrument gewählt. Sie haben sich wiederum für Unsicherheit, gegen Stabilität und für eine politische Debatte an der falschen Stelle entschieden. Wir setzen auf Stabilität. Wir setzen auf Verlässlichkeit. Wir setzen auf Planbarkeit. Das ist das wichtigste Element in der Weltwirtschaftskrise.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich will ein drittes Beispiel nennen, weil es dafür steht, wie Sie mit den Strukturen in Bayern umgehen. In der Debatte über die Verteilung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II war Ihr Vorschlag, man möge einen Pro-Kopf-Betrag per Gießkanne über das Land Bayern verteilen. Das hätte vielleicht den Ballungsräumen geholfen, aber der ländliche Raum, auf den es gerade in dieser wirtschaftlich schwierigen Zeit ankommt, hätte von den Mitteln aus dem Konjunkturpaket nichts, aber auch gar nichts erhalten. Wir wären wiederum einen falschen Weg gegangen, wenn wir Ihrem Rat gefolgt wären.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb darf man im Rückblick auf die letzten zwölf Monate feststellen: Gute Ratgeber sehen anders aus. Deshalb werden wir unsere Politik weiter fortsetzen. Wir haben mit

dem Bayerischen Investitionsbeschleunigungsprogramm die richtige Grundlage gelegt. Wir haben Anfang des Jahres 2009 das Konjunkturprogramm II genutzt, indem wir nicht nur Schwerpunkte gesetzt haben, sondern indem wir auch dafür gesorgt haben, dass wir strukturell besser aus der Krise herauskommen. In unserem Konjunkturprogramm setzen wir einen wesentlichen Schwerpunkt auf die energetische Sanierung. Wir versetzen damit die Kommunen in die Lage, nicht nur zu investieren, sondern auch Strukturen auf Vordermann zu bringen, weil wir der Zukunft zugewandt Politik machen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Georg Schmid (CSU): Bravo, sehr gut!)

Als dritten Schritt haben Sie, meine sehr verehrten Mitglieder der Fraktionen von CSU und FDP, mit dem Doppelhaushalt ein weiteres Konjunkturpaket aufgelegt. Dieses Konjunkturpaket führen wir jetzt im Nachtragshaushalt - und das ist beachtenswert in der gesamten Bundesrepublik Deutschland - ohne Nettokreditaufnahme mit hohen Investitionen und Stabilität bei Bildung, Familie und Sozialem fort. Das ist eine gute Nachricht für die Menschen in Bayern. Das ist eine gute Nachricht für die Zukunft in Bayern. Das ist Politik der Marke CSU und FDP, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Unser Ansatz geht in zwei Richtungen: Wir haben schon den Doppelhaushalt einerseits konjunkturgerecht und andererseits zukunftsorientiert ausgerichtet. Das hat sich als das zentrale Konzept für Bayern erwiesen, das uns geholfen hat, 2009 besser zu bestreiten. Deshalb gilt auch für den Nachtragshaushalt: Was im Jahr 2009 richtig war, das kann im Jahr 2010 nicht falsch sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Gerade im zweiten Jahr der laufenden Weltwirtschaftskrise kommt es darauf an und ist es umso wichtiger, weiterhin einerseits konjunkturgerecht und andererseits zukunftsorientiert Impulse für Wachstum und Beschäftigung zu geben. Denn wir müssen jetzt dafür

sorgen, dass das zarte Pflänzchen wirtschaftlichen Aufschwungs nicht im Keime erstickt wird.

Trotz der Steuermindereinnahmen, die wir 2010 erwarten, setzen wir mit dem Nachtragshaushalt daher ein Zeichen der Stabilität für die Bürger und Unternehmen in diesem Lande. Wir setzen gerade in dieser Zeit auf hohe Investitionen.

Das, was in der Ausgabenpolitik gilt, gilt auch in der Steuerpolitik: Was im ersten Jahr richtig war, kann im zweiten Jahr nicht falsch sein. Daher setzen wir auch den Kurs der steuerlichen Entlastung fort. Blicken wir doch einmal zurück: Was haben wir denn - im Übrigen gemeinsam mit den Sozialdemokraten in Berlin - auf den Weg gebracht? - Anfang 2009 wurde das Kindergeld um 10 bzw. 16 Euro pro Monat erhöht, die Kinderfreibeträge wurden angehoben. Einen weiteren Impuls brachte die Wiedereinführung der Pendlerpauschale, die wir in Bayern so schnell wie möglich aus- bzw. zurückgezahlt haben. Zum 01.01.2010 wurde gemeinsam mit den Sozialdemokraten die steuerliche Absetzbarkeit der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge verbessert. Jetzt greift auch die gemeinsam beschlossene Einkommensteuerentlastung durch die weitere Erhöhung des Grundfreibetrags und das Hinausschieben der Tarifeckbeträge. Damit setzen wir eine Entlastung um über 14 Milliarden Euro um.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist richtig, dass wir die Linie der Steuerentlastung auch unter den Bedingungen der neuen christlich-liberalen Bundesregierung für Deutschland fortsetzen. Denn es wäre falsch, wenn wir jetzt nicht die unternehmensschädlichen und krisenverschärfenden Regelungen im Rahmen der Unternehmensteuerreform abschaffen würden. Es wäre falsch, wenn wir der Wirtschaft und dem Mittelstand, bei dem in 25 % aller Fälle in den nächsten zehn Jahren der Übergang auf die nächste Generation organisiert werden muss, nicht das Signal geben würden: Wir schaffen die Blockaden weg und setzen auf Investitionen und Planungssicherheit in Bayern für Arbeitsplätze und eine gute Zukunft.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Mit über 4,6 Milliarden Euro setzen wir ein weiteres Signal. Wir setzen einen Nachfrageimpuls genau dort, wo er ankommen muss, nämlich bei den Familien. Das ist möglicherweise der zentrale Grund, warum uns die Welt beneidet: weil wir nicht beim Steuerzahler abkassieren und umverteilen, sondern weil wir auf die Menschen setzen und ihnen das sauer verdiente Geld erhalten. Das ist der beste Impuls für Deutschland und Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weil erstens die Familien schon immer im Mittelpunkt unserer Politik stehen, weil zweitens ein leistungsfähiges Bildungssystem Kennzeichen bayerischer Politik ist, weil drittens hohe Investitionen Markenzeichen bayerischer Finanzpolitik sind und weil wir viertens für eine aktive Wirtschaftspolitik stehen, die unsere Stärke ausmacht, stellen wir im Jahr 2010 die Kinder, die Bildung und die Wirtschaft in den Mittelpunkt des Nachtragshaushalts.

Wir setzen klug unsere Politik der vergangenen Jahre und Jahrzehnte fort. Kinder- und familiengerechte Rahmenbedingungen, um ein Beispiel hervorzuheben, sind zentrales Interesse unserer Gesellschaft. Deshalb setzt die Staatsregierung auf eine nachhaltige Kinder- und Familienpolitik. In jüngerer Zeit haben wir mit dem Investitionskostenförderprogramm zum Ausbau der Kinderbetreuung mit tatkräftiger Unterstützung des Bundes Maßstäbe gesetzt. Kein anderes Land hat den Kommunen bisher so viele Investitionsmittel bewilligt wie Bayern. Mitte Januar 2010 waren es bereits fast 250 Millionen Euro, eine Viertelmilliarde Euro, die die Kommunen in Bayern zum Ausbau der Kinderbetreuung in die Hand nehmen können. Das ist bemerkenswert. In Bayern kann man sich auf die Staatsregierung verlassen. Wir unterstützen die Kommunen beim Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Im Bereich des Kultusministeriums bauen wir vor allem die Ganztagschulen zügig aus. Auch hier darf man daran erinnern, dass wir schon im Doppelhaushalt einen wesentli-

chen Schritt nach vorn gegangen sind. Im Schuljahr 2009/2010 haben wir die Zahl der Gruppen an der offenen Ganztagschule gegenüber dem Vorjahr um glatte 791 - das sind fast 40 % - auf über 2830 gesteigert. Das ist der größte Ausbauschritt seit Bestehen der offenen Ganztagschule.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir gehen den Weg auch weiter, weil wir davon überzeugt sind. Das ist der Grund, weshalb wir im Nachtragshaushalt Mittel vorsehen, um im Schuljahr 2010/2011 weitere 200 Gruppen in der offenen Ganztagschule in Betrieb nehmen zu können. Damit steigern wir in den Jahren 2009 und 2010 die Anzahl der Gruppen innerhalb von zwei Jahren um 50 %. Das ist ein klares Signal und eine Unterstützung unseres Ansatzes der Ganztagschule, und zwar sowohl in den Ballungsräumen als auch im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Außerdem werden wir in Ergänzung zu dem Konzept der offenen Ganztagschule an weiteren 100 Grundschulen, an weiteren 100 Hauptschulen, an weiteren 40 Fördergrundschulen und an weiteren Förderhauptschulen gebundene Ganztagszüge einrichten. Bildungspolitik in Bayern heißt Bildungspolitik, die sich an den Menschen und den Notwendigkeiten der unterschiedlichen Strukturen sowie an den Kindern orientiert. Das war in der Vergangenheit richtig und wird auch in der Zukunft unser Weg sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ein anderes Element: ist die Jugendsozialarbeit. Auch an dieser Stelle darf daran erinnert werden, dass wir im Schuljahr 2009/2010 insgesamt 394 Fachkräfte für Jugendsozialarbeit an Schulen fördern. Das heißt, dass das im Jahr 2002 beschlossene 10-Jahres-Programm der Vorgängerregierung bereits drei Jahre früher als geplant abgeschlossen war und heute sogar übererfüllt ist. Wir werden uns allerdings nicht darauf ausruhen, sondern mit dem Nachtragshaushalt die Jugendsozialarbeit mit weiteren Stellen fördern, weil wir angesichts schwieriger struktureller und gesellschaftlicher Fra-

gen von diesem Instrument überzeugt sind. Die Jugendsozialarbeit in Bayern hat sich als richtige Antwort auf die gesellschaftlichen Fragen der Zeit erwiesen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Insgesamt darf festgehalten werden, dass wir im Nachtragshaushalt mit einer Investitionssumme von 5,78 Milliarden Euro und bei einer Investitionsquote des Freistaats Bayern von 13,8 % den höchsten Stand der Investitionsausgaben im Staatshaushalt verzeichnen können. Sie werden kein anderes westliches Bundesland finden, das eine solche Investitionsquote in der Krise aufweist. Wir stemmen uns gemeinsam mit den Unternehmen, den Kommunen und den Menschen in Bayern gegen diese Krise. Unser Ziel ist es, sie schnellstmöglich hinter uns zu lassen und den Wettbewerb mit allen anderen Regionen zu gewinnen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Aber auch sonst setzen wir für die Wirtschaft die richtigen Rahmenbedingungen. Wir haben schon im Stammhaushalt mit dem Mittelstandsschirm ein vorbildliches Instrument geschaffen, um der Wirtschaft in der Krise entscheidende Hilfen zu geben. Mit dem Nachtragshaushalt übertragen wir den im alten Jahr nicht in Anspruch genommenen Bürgschaftsrahmen auf das Jahr 2010 und verstärken ihn im Jahr 2010 um 25 Millionen Euro. Darüber hinaus weiten wir das Instrument der LfA-Förderbank aus, weil wir in Zukunft Haftungsfreistellungen in den Mittelstandsschirm einbeziehen.

Die mittelständischen Betriebe in Bayern waren nicht Ausgangspunkt der Finanzmarktkrise und sie dürfen auch nicht Opfer der Finanzmarktkrise werden. Deshalb war es gut, dass wir in den letzten 12 Monaten fast 2.000 Unternehmen geholfen haben. Wir werden dieses Instrument nutzen, um den bayerischen Mittelstand vor erheblichen Schäden zu schützen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wie die Staatsregierung in dieser Zeit der großen Herausforderungen zügig und strategisch richtig handelt, zeigt das Strukturprogramm für die Region Nürnberg/Fürth mit einem Gesamtumfang von 115 Millionen Euro. Damit beschleunigen wir den Modernisierungsprozess in der Region. Auch außerhalb der Ballungszentren bewährt sich unsere Politik einer zukunftsorientierten Standortsicherung. Jüngste Beispiele werden die Technologie-Transferzentren in Spiegelau, Cham und Teisnach sein. Wir gehen unseren Weg der aktiven Wirtschaftspolitik im Sinne eines Zusammenspiels von örtlicher Wirtschaft mit regionaler und staatlich organisierter Struktur, verbunden mit einer Regionalförderung, weiter. Wir haben Bayern in den letzten 40 Jahren zum stärksten Land in der Bundesrepublik gemacht. Wir werden diesen Weg konsequent weitergehen, weil er uns schnell aus der Krise herausführen wird.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Unsere Wirtschaftspolitik ist im Übrigen im Wettbewerb mit anderen Ländern deshalb so erfolgreich, weil wir die richtigen Leute zusammenbringen. Vernetzung war für andere noch ein unbekanntes Schlagwort ohne Inhalt, als wir in Bayern - Stichwort: Clusterinitiative - das bayerische Netz zwischen Wissenschaft und Forschung, zwischen Wirtschaft und Anwendung, noch enger geknüpft haben. Diesen Standortvorteil, den sich mittlerweile 6.000 beteiligte Unternehmen zu eigen machen, überwiegend Mittelständler, werden wir konsequent fortsetzen. Über den Nachtragshaushalt haben wir mit einer Verpflichtungsermächtigung die Finanzierung der Clusterinitiative bis zum Jahr 2014 sichergestellt. Andere wollen Aktionismus, wir setzen auf Verlässlichkeit. Das ist unser Angebot an die bayerische Wirtschaft.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die regionale Wirtschaftsförderung einschließlich der Investitionsförderung im Fremdenverkehr steigern wir im Nachtragshaushalt um 10 Millionen. Insgesamt stehen im Jahr 2010 für regionale Wirtschaftsförderung 115 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist ein Ergebnis, das sich sehen lassen kann.

Gleichzeitig werden wir auch bei der inneren Sicherheit, einem Feld, das immer auch Markenzeichen des Standorts Bayern war, entsprechend nachsteuern. Wir haben im Doppelhaushalt die Polizei um insgesamt 1.000 Stellen und die Justiz um 234 Stellen aufgestockt. Daran halten wir trotz massiver Steuereinbrüche fest. Im Nachtrag bereiten wir schon weitere strukturelle Änderungen vor. Im Zusammenhang mit der Reduzierung der Wochenarbeitszeit in den Jahren 2012 und 2013 setzen wir jetzt auf eine vorgezogene Ausbildung, und zwar schwerpunktmäßig bei der Polizei. So schaffen wir für die rechtzeitige Ausbildung der Nachwuchskräfte im Nachtragshaushalt 870 zusätzliche Stellen. Es ist auch angesichts der Krise ein wichtiges Signal in Bezug auf die Arbeitsmärkte, dass der Freistaat Bayern Ausbildungsstellen schafft, um seine Polizei auch in der Zukunft schlagkräftig und einsatzfähig zu halten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Weil wir uns darüber hinaus bewusst sind, welchen wesentlichen Beitrag die Kommunen leisten, um eine konjunkturwirksame Nachfrage des öffentlichen Sektors hochzuhalten, haben wir gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden auch 2010 wieder eine Grundlage geschaffen, damit die Kommunen tatkräftig investieren können. Wir führen die komplette Investitionsförderung auf hohem Niveau weiter. Sowohl der Schulausbau und der Ausbau der Kindertagesstätten mit 266 Millionen wie auch der Krankenhausbau, ein wichtiges Instrument für die Regionalpolitik, in Höhe von 500 Millionen als auch der kommunale Straßenbau und -unterhalt im FAG, also im Finanzausgleichsgesetz, in Höhe von über 260 Millionen Euro werden ohne Kürzungen fortgesetzt. Wir setzen auf die Investitionstätigkeit unserer Städte und Gemeinden, der Landkreise und Bezirke. Der zentrale Arm der Kommunen spielt im Kampf gegen die Wirtschaftskrise eine wichtige Rolle.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Parallel dazu stärken wir die Verwaltungshaushalte, weil wir genau wissen, dass die kleinen Kommunen nicht nur an goldenen Zügeln durch das Land geführt werden dürfen,

sondern auch selbst handeln können müssen. Deshalb geben wir mit 60 Millionen an zusätzlichen Haushaltsmitteln auch ein klares Signal gegenüber der kommunalen Landschaft.

Die Landesleistungen bleiben damit trotz dramatischer Steuereinbrüche nur geringfügig hinter den Rekordansätzen des Jahres 2009 zurück. Der Freistaat tut damit im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten alles, um die bayerischen Kommunen zu unterstützen. Allerdings werden ebenso wie der Staatshaushalt auch die Städte und Gemeinden die Folgen der Weltwirtschaftskrise und des Konjunkturerinbruchs auf ihrer Einnahmen- und Ausgabenseite spüren. Deshalb begrüße ich von hier aus die Ankündigung des neuen Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble, mit den Kommunen über ihre Finanzsituation zu sprechen. Es darf auch im Hinblick auf notwendige Steuerreformen nicht zu einer dauerhaften Lastenverschiebung zwischen den staatlichen Ebenen kommen. Das haben wir bereits im Koalitionsvertrag in Berlin hinterlegt. Auch hier ist der Bund gefordert. Das ist der Grund, weshalb wir mit den Kommunen in Vorbereitung auf die Diskussionen auf Bundesebene in Gespräche eintreten. Wir wollen über Standards, wir wollen über Aufgaben und Lastenverteilung verhandeln. Bayern versteht sich als Sachwalter der Interessen unserer Kommunen.

(Simone Tolle (GRÜNE): Ha, ha, ha!)

Wir werden die Verhandlungen an der Seite unserer Kommunen in Berlin führen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Im Übrigen darf darauf hingewiesen werden, dass auch die Kommunen ein Interesse daran haben, dass wir die wirtschaftlich angespannte Situation schnell hinter uns lassen. Von einem Aufschwung, von den wiederaufkeimenden Steuereinnahmen werden die Kommunen durch die Erhöhung ihres Anteils am allgemeinen Steuerverbund auf 12 % überproportional profitieren. Wir laufen gemeinsam und wir stemmen uns gemeinsam gegen die Krise. Der Freistaat Bayern vergisst die kommunale Seite an dieser Stelle nicht.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hubert Aiwanger (FW): Wir brauchen aber 12,5 % und nicht 12 %!)

An dieser Stelle will ich auch noch einmal daran erinnern, dass wir im Nachtragshaushalt 2008 die wesentlichen Voraussetzungen für die Stabilisierung der Bayerischen Landesbank durch eine Kapitalzufuhr in Höhe von 10 Milliarden Euro und durch einen Garantieschirm im Umfang von 4,8 Milliarden Euro geschaffen haben. Damit hat sich der Freistaat in einer schwierigen Zeit seiner Verantwortung gestellt und zugleich die Sparkassen und die Kommunen erheblich entlastet. Die anfallenden Kreditzinsen werden durch die Zahlungen der Bank sowie durch Rücklagenentnahmen finanziert. Durch den Ausfall der Ausschüttungen der BayernLB auf die stille Einlage und die Zweckrücklage im Jahr 2010 wird kein zusätzlicher Deckungsbedarf entstehen. Alle anderen Nachrichten über diesen Effekt sind falsch. Wir werden den Ausfall im Stammhaushalt über die veranschlagte Ausschüttung auf die stille Einlage wie auch den Ausfall der Ausschüttung auf die Zweckrücklage kompensieren, und zwar durch andere Einnahmen aus der Bank. Wie viel davon auf die notwendigen höheren Gebühren für den Garantieschirm oder auf eine teilweise Rückführung der Einlage entfällt, muss im Einzelnen noch festgelegt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Staatshaushalt 2010 steht trotzdem vor einer großen Herausforderung. Die November-Steuerschätzung hat für 2010 nach dem Länderfinanzausgleich ein Minus von 1,7 Milliarden Euro prophezeit. Um dennoch keine Abstriche zu machen und trotzdem auf Wachstumsimpulse zu setzen, war es erforderlich, Haushaltsverbesserungen konsequent abzuschöpfen, verbliebene Rücklagen in Anspruch zu nehmen, Grundstockmittel zu mobilisieren und punktuell Einsparmaßnahmen zu aktivieren. Das alles sind Maßnahmen, die uns nicht leicht fallen, sie sind jetzt aber richtig, denn nur so können wir jetzt Wachstumsimpulse setzen und in die Zukunft investieren. So können wir den Menschen Sicherheit und gleichzeitig Stabilität geben und neue Schulden vermeiden. Das ist der Weg, den Bayern einschlägt. Das ist der Weg, den wir brauchen, um die Krise schnell hinter uns zu lassen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Im Übrigen wird die Leistung des Freistaats noch deutlicher, wenn Sie an den Länderfinanzausgleich denken. Die direkten Zahlungen im Länderfinanzausgleich müssen wir erneut heraufsetzen. 3,45 Milliarden Euro oder über 8 % des Ausgabevolumens führen wir mittlerweile an die anderen Länder ab. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man den vorweggenommenen Umsatzsteuerausgleich auch noch einbezieht, dann wird Bayern am Ende sogar um 5 Milliarden Euro schlechter gestellt. Trotz dieser Hilfe machen die anderen Schulden, wir dagegen haben erneut einen ausgeglichenen Haushalt. Das unterscheidet Bayern vom Rest der Republik.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Und all denjenigen, die diese Politik in der Vergangenheit in Misskredit gezogen haben möchte ich sagen: Das ist ein Erfolg, der sich auch im politischen Gestaltungsspielraum konkret niederschlägt. Während die westlichen Länder in Deutschland durchschnittlich 8 % ihrer Ausgaben für Zinsen aufwenden, sind es in Bayern - übrigens einschließlich der notwendigen Stabilisierungsmaßnahme für die BayernLB - nur 2,7 %. Das ist nur ein Drittel. Der Rest bleibt uns für Aktivität, für Entscheidungen, für Strukturhilfen. Dieses Geld steht uns ins Bayern zur Verfügung. Das ist eine Politik, die auf die Zukunft ausgerichtet ist, weil wir in der Zeit sparen, um in der Not aktiv gestalten zu können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Mit dem Nachtragshaushalt 2010 konzentrieren wir uns auf das zweite Jahr einer weltweiten Wirtschaftskrise. Dabei hilft uns die Erfahrung aus dem Jahr 2009, besonnen die richtigen Maßnahmen zu treffen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es war richtig, im Jahr 2009 keinen Nachtragshaushalt vorzulegen, sondern im Vollzug auf die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung zu reagieren. Erste, noch vorläufige Ergebnisse des Haushaltsvollzugs bestätigen unsere Erwartungen auch beim Steueraufkommen. Es war auch richtig, mit dem Nachtragshaushalt 2010 die November-Steuerschätzung abzuwarten. Jede Entscheidung zuvor wäre falsch gewesen. Jede frühere Entscheidung

hätte Unsicherheit ins Land getragen. Unsere Aufgabe ist es jetzt, Führungsanspruch anzumelden und zu sagen: Wir nehmen unsere Zukunft in die Hand, wir investieren jetzt, damit wir diese Krise schnellstmöglich beenden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Trotzdem sind die Unsicherheiten in den Entwicklungen der Wirtschaft und bei den Steuereinnahmen 2010 nicht gebannt. Wir werden den Entwurf des Doppelhaushalts 2011/2012 nach Vorliegen des Steuerkonzeptes des Bundes und nach der November-Steuerschätzung auf eine sichere Grundlage stellen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir lagen im Jahr 2009, im alten Jahr, richtig, denn wir haben keine Schnellschüsse gemacht. Wir werden auch im Jahr 2010 besonnen vorgehen. Das sind wir den Menschen, das sind wir den Unternehmerinnen und Unternehmern, das sind wir der Wirtschaft in Bayern schuldig.

(Beifall bei der CSU)

Ich lege Ihnen hiermit den Entwurf des Nachtragshaushalts 2010 zur Beratung vor, der auf einer soliden Grundlage steht

(Lachen des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

und genau die richtigen Antworten auf die aktuellen Herausforderungen gibt: Stabilität, Investitionen, Wachstum. Die Menschen in Bayern können sich auf uns verlassen.

(Lachen des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Wir werden alles daran setzen, dass Bayern auch in Zukunft stark bleibt. Ich appelliere an den Bayerischen Landtag: Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam gehen!

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als erster Redner der Debatte hat nun Herr Kollege Volkmar Halbleib das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Volkmar Halbleib (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Staatsminister, ich gehe davon aus, dass es nicht der Fall war, aber ich habe mich bei Ihrer Rede schon gefragt, ob Sie kurz bevor Sie den Plenarsaal betreten haben, eine kleine rosa Pille mit aufhellenden Substanzen eingenommen haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Simone Tolle (GRÜNE): Genau!)

Mir jedenfalls kam es so vor, denn alle Autosuggestion, alle Rhetorik, alle Sprechautomatik, ja das Pfeifen im Walde, das immer lauter wird, je dunkler sich die Situation um einen herum gestaltet, all das kann nicht darüber hinwegtäuschen, Herr Staatsminister: Für die schwarz-gelbe Regierungskoalition in Bayern, für Ihren Ministerpräsidenten und für Ihren Finanzminister ist heute ein besonders bitterer Tag.

(Christa Naaß (SPD): Ein ganz schwarzer Tag! - Beifall bei der SPD - Unruhe bei der CSU)

Sie haben uns in den vergangenen Jahren haushaltpolitisch eine heile bayerische Welt vorgegaukelt mit dem CSU-Marketing-Produkt "ausgeglichener Haushalt". Heute, an diesem Tag, müssen wir im Bayerischen Landtag feststellen: Mit dieser Marketing-Maßnahme ist es vorbei, die Seifenblasen sind geplatzt.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Der Sturz in die Realität ist umso härter, der Blick in das Haushaltsloch in Höhe von 4,5 Milliarden Euro im Jahr 2010 ist umso erschüttender.

(Beifall bei der SPD - Christa Naaß (SPD): Der Minister hört überhaupt nicht zu!)

Herr Staatsminister, Sie wissen es selbst am besten: Auf diesem Nachtragshaushalt 2010 steht das Etikett "ausgeglichener Haushalt" nur außen drauf. Innen drin, das wissen Sie,

(Hubert Aiwanger (FW): Da stinkt's!)

ist ein Finanzierungsloch von mindestens 4,5 Milliarden Euro.

(Christa Naaß (SPD): Der hört nicht einmal zu!)

Sie, Herr Minister Fahrenscho, wagen in diesem Hohen Haus weiterhin von einem ausgeglichenen Haushalt zu sprechen.

(Christa Naaß (SPD): Herr Ministerpräsident, zuhören! - Das ist ja unmöglich!)

Das ist schon eine bemerkenswerte Kombination von Schönfärberei, Realitätsverdrängung und von Ablenkungsmanövern. Dieser Entwurf, Herr Staatsminister, ich kann Ihnen den Vorwurf nicht ersparen, steht unter dem haushaltspolitischen Leitmotiv "Tarnen, tricksen und täuschen".

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CSU: Oh je! - Gerhard Wägemann (CSU): Das ist aber schwach!)

Herr Fahrenscho, Sie versuchen doch, zunächst einmal sich selbst etwas vorzumachen, dann dem Parlament und schließlich den Bürgerinnen und Bürgern. Zu Ihren Gunsten muss ich sagen: Die politische Lage ist eigentlich noch viel schlimmer. Denn Sie handeln wider eigenes besseres Wissen. Sie wissen selbst, dass dieser Haushalt seriöserweise beim besten Willen nicht mehr als "ausgeglichen" bezeichnet werden kann.

(Christa Naaß (SPD): Jetzt hört er schon wieder nicht zu!)

- Er hat dieses Wissen schon; deshalb brauche ich es ihm nicht mehr mitzuteilen.

Die Erkenntnis, dass dieser Haushalt nicht mehr auszugleichen ist, hat er bereits im November 2009 öffentlich geäußert und vertreten, allerdings nur für ganze - sage und schreibe: - 22 Stunden und 31 Minuten, bis der Befehl aus der Staatskanzlei kam, Herr Ministerpräsident, dass nicht sein kann, was nicht sein darf, zumindest für 2010.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Bei uns gibt es keine Befehle! Bei uns gibt es so was nicht!)

Denn der ausgeglichene Haushalt wäre das letzte politische Projekt, das aus der Regierungszeit Stoiber an politisch Verwertbarem übrig geblieben ist. Zusätzlich zur Landesbankaffäre war das aus Ihrer Sicht den Bürgerinnen und Bürgern nicht zumutbar; Sie haben gesagt: Weg mit der Wahrheit, her mit dem ausgeglichenen Haushalt!

(Beifall bei der SPD)

Herr Fahrenschohn, es tut mir leid: Sie wurden von der Staatskanzlei verbogen. Die andere Seite der Wahrheit ist, dass Sie als Finanzminister sich haben verbiegen lassen. Dabei ist ein verbogener, auch ein verlogener Haushaltsentwurf für 2010 herausgekommen.

(Beifall bei der SPD)

Ihr Haushaltsentwurf ist ein Entwurf, der die Wahrheit verschleiert, die Realitäten verleugnet, der Lasten in die Zukunft verschiebt, der auf die Fragen aus der Finanz- und Wirtschaftskrise keine adäquaten Antworten gibt, ein Haushalt, der auf die politisch aktuellen Herausforderungen, auf die künftigen Herausforderungen Bayerns unzureichend reagiert.

Herr Finanzminister, wir gestehen gerne zu, dass die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht der Finanzminister Fahrenschohn zu vertreten hat, auch die zurückgehenden Steuereinnahmen nicht. Das, was Sie zum Länderfinanzausgleich gesagt haben, wird von uns nicht verkannt. Das ist die klare Botschaft. Aber auch beim Länderfinanzausgleich verhält es sich wie bei anderen Themen: Wir hören von Ihnen hier nur starke Sprüche, sehen aber keine politischen Taten und hören keine konkreten Lösungsvorschläge.

(Beifall bei der SPD)

Für Sie und die CSU im Allgemeinen, für die CSU-Parteivorsitzenden und -Ministerpräsidenten im Besonderen ist es typisch, dass Sie in Berlin in der Regierung oder im Bundesrat mit beschließen, aber daheim das, was Sie selbst beschlossen haben, nämlich in diesem Beispiel den Länderfinanzausgleich, permanent infrage stellen. So geht es nicht, und so geht es beim Länderfinanzausgleich schon gar nicht.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt kommen wir mal zum Eingemachten!

(Zuruf des Abgeordneten Gerhard Wägemann (CSU))

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie bekommen noch genug Gelegenheit sich aufzuregen; das kann ich Ihnen ankündigen.

Das größte Haushaltsrisiko in diesem Freistaat Bayern ist die Regierungskoalition aus CSU und FDP selbst. Diese Wahrheit muss man hier auch mal aussprechen.

(Beifall bei der SPD)

Wir stehen heute ein weiteres Mal vor dem Trümmerhaufen Ihrer Fehler in der bayerischen Landespolitik. Die Belastungen aufgrund der Landesbank für den Nachtragshaushalt 2010 belaufen sich auf fast 400 Millionen Euro. Trotzdem sprechen Sie hier über die harte Arbeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern, die die Steuereinnahmen erwirtschaften, ohne dazuzusagen, dass Sie es waren, die diese Arbeit der Menschen, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern mit Ihrer Politik und in Ihrer Verantwortung für die Landesbank zerstört haben. Das zeigt schon eine besondere Chuzpe; das muss ich deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Was könnten wir mit diesem Geld im Nachtragshaushalt 2010 alles machen? Zum Beispiel - auch für die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne möchte ich das sagen -

ergäben die 400 Millionen Euro allein 8.000 Lehrerstellen an Bayerns Schulen mehr, um endlich kleinere Klassen und bessere Förderung gewährleisten zu können,

(Zuruf des Abgeordneten Gerhard Wägemann (CSU))

8.000 Lehrerstellen mehr, die Sie vergeigt haben.

(Widerspruch bei der CSU)

Sie müssen sich das öfters anhören, denn Wahrheiten muss man sich eben einige Male anhören.

(Beifall bei der SPD)

Und das jedes Jahr, weil die Zinsen jedes Jahr anfallen. Bayern wird auf Sicht keinen einzigen Cent von der Landesbank zurückbekommen, egal, was Sie in die Haushaltspläne schreiben, Herr Staatsminister. Im nächsten Jahr 2011 kommen zusätzlich - der Finanzminister hat das schon in seiner Finanzplanung - voraussichtlich 810 Millionen Euro dazu. Insgesamt werden die Belastungen durch die Landesbank 2011 also 1,2 Milliarden Euro betragen, ohne dass ein einziger Cent aus der 10-Milliarden-Spritze für die Landesbank zurückgezahlt werden wird.

(Christa Naaß (SPD): Dazu hat er keinen Ton gesagt!)

Das ist Ihre Verantwortung, das wird auf Jahre hinaus verheerende Auswirkungen für Bayern und seine Bürgerinnen und Bürger haben. Das muss man an dieser Stelle unmissverständlich deutlich machen.

Das zweite hausgemachte Problem ist Ihre Politik. Da muss ich die FDP einbeziehen. Leider hat sich durch den Eintritt der FDP in die Staatsregierung das Risiko für den Haushalt nicht verringert, sondern erhöht. Denn das zweite Haushaltsrisiko, das sich durch Sie realisiert, ist Ihre Steuerpolitik. Durch die Steuersenkungen, die Sie zu verantworten haben und über die man im Detail unterschiedlicher Auffassung sein und über die man diskutieren kann, vor allem aber durch den Zeitpunkt und durch die Kombination,

die Sie gewählt haben, sind die Auswirkungen in einer Einnahmekrise des Staates schlimm. Hier haben Sie noch einmal weitere Einnahmeverluste produziert. Das ist eine besonders schwere Belastung des Haushalts. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz erzeugt vor allem ein Wachstum der Löcher in den Kassen des Bundes, der Länder und der Kommunen, von denen Sie heute gesprochen haben. Ihnen steht das Wasser bis zum Halse. Ihre Situation haben Sie aber durch Ihre Politik noch mal weiter verschlechtert.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Eure Steuererhöhungen haben die Haushalte auch nicht saniert!)

Ich nenne hier nur die Einnahmeverluste in Höhe von 360 Millionen Euro im Jahr 2010 und jedes weitere Jahr in Bayern und weitere 128 Millionen Euro Einnahmeverluste für die bayerischen Kommunen für 2010 und jedes weitere Jahr. Insgesamt fehlen Bayern und seinen Kommunen durch Ihre Beschlüsse und durch Ihre Politik circa 500 Millionen Euro für 2010 und für jedes folgende Haushaltsjahr.

(Christa Naaß (SPD): Davon hat er keinen Ton gesagt!)

- Das ist Realitätsverdrängung. Das, was ich vorhin zu den rosa Pillen gesagt habe, scheint doch zu stimmen. Aber ich kann es nicht belegen.

Nun zu einem Detailpunkt, zur Mehrwertsteuerreduzierung für Hotels. Auch über die Gestaltung der Mehrwertsteuer kann man unterschiedlicher Meinung sein. Aber sich diesen einzelnen Punkt herauszugreifen und hier Klientelpolitik zu betreiben, ist schon ein besonders starkes Stück. Man fragt sich, warum gerade das herausgegriffen wurde. Der Fachmann hat sich gefragt und der Laie hat sich gewundert. Kurze Zeit später hat man dann von der Parteispende des Barons von Finck in Höhe von 1,1 Millionen Euro an die FDP und in Höhe von 820.000 Euro an die CSU erfahren. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist mehr als ein Geschmäcke; das ist ein richtiger Geschmack, ein ganz bitterer und übler Beigeschmack Ihrer Politik.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Und Daimler Benz spendet an die SPD!)

Die Bürgerinnen und Bürger haben doch längst erkannt, wer die Zeche für die Steuer-senkungen in Wahrheit zahlen muss. Deswegen gibt es doch entsprechende Umfrage-ergebnisse; selbst FDP-Anhänger sagen, das ist unvernünftig. Die Bürgerinnen und Bürger wissen, dass sie diese Steuervergünstigungen selber zahlen müssen durch den Wegfall der Steuerfreiheit bei Feiertags- und Nachtzuschlägen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Abgabensteigerungen, durch Leistungskürzung, durch zusätz-liche Studiengebühren etc. Ich könnte diesen Katalog fortsetzen. Die Zeche für diese Politik zahlen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Jürgen W. Heike (CSU))

Die Situation, Herr Staatsminister, das muss ich Ihnen auch einmal sagen, wäre noch schlimmer, wenn die Politik insgesamt Ihren Rezepten folgen würde. Ich nenne ein Bei-spiel: Permanent stellen Sie die Erbschaftsteuer und die Bemessungsgrundlagen der Erbschaftsteuer infrage. Was wäre, Herr Finanzminister, aber auch Herr Huber, Herr Seehofer oder Herr Zeil, Herr Heubisch, wenn wir Ihren Plänen bereits in der Vergan-genheit Folge geleistet und die Erbschaftsteuer abgeschafft oder durchlöchert hätten? Was wäre passiert? Ohne die Erbschaftsteuer, für deren Erhalt wir kämpfen und weiter kämpfen werden, würden dem bayerischen Staatshaushalt 2010 allein 953 Millionen Euro fehlen. Die Mehreinnahmen gegenüber dem Stammhaushalt 2010 betragen 77 Mil-lionen Euro. Wenn Sie sich in der Steuerpolitik durchsetzen und die Erbschaftsteuer mittelfristig abschaffen bzw. durchlöchern, fehlt dem Freistaat Bayern für sinnvolle Maß-nahmen in Zukunft eine Milliarde Euro. Auch das muss an dieser Stelle mal gesagt werden.

(Beifall bei der SPD)

Die Situation wäre noch schlimmer - jetzt ist Beifall vonseiten der Regierungsfraktionen gefragt -, wenn Sie die SPD nicht hätten. Denn Sie, Herr Finanzminister, hätten hier auch

schon sagen können: Ich danke der SPD und Frank Walter Steinmeier dafür, dass sie im Januar 2009 ein Konjunkturprogramm durchgesetzt haben - zunächst haben sie es vorgeschlagen und dann durchgesetzt und in der Großen Koalition verabschiedet -, durch das insgesamt 1,5 Milliarden Euro für zusätzliche Investitionen in den Freistaat Bayern fließen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist ein politisches Armutszeugnis dieser Staatsregierung, dass es einer Finanz- und Wirtschaftskrise und eines von der SPD vorgeschlagenen Konjunkturprogramms bedarf, damit die schlimmsten Baumängel an Universitäten repariert und die Staatsstraßen sowie die Schulen saniert werden können.

(Beifall bei der SPD)

Es ist ein Skandal, dass man erst auf dieses Programm warten muss, um die Hausaufgaben des Freistaates zu erledigen.

(Beifall bei der SPD)

In einer solchen Situation hätte ich erwartet, dass der Finanzminister vor das Parlament tritt, eine ehrliche und ungeschminkte Situationsanalyse vorlegt und ausspricht, was ohnehin jeder Bürger im Freistaat Bayern weiß, dass nämlich der ausgeglichene Haushalt Makulatur ist. Sie haben keine konjunkturgerechte antizyklische Antwort auf diese Situation. Sie tragen nur den falschen Kurs in der Steuerpolitik vor. Ihre einzige volkswirtschaftliche Antwort ist: Steuern senken. Steuern senken. Steuern senken. Dazu gehört jedoch, dass Sie die Wahrheit aussprechen, weil sie für die künftigen Jahre in diesem Landtag maßgeblich ist. Denn eine Sache funktioniert in der Finanzpolitik nicht: Sie können nicht auf der einen Seite die staatliche Einnahmesituation schlechtreden und infrage stellen und auf der anderen Seite gleichzeitig die Leistungsfähigkeit des Staates erhalten und darüber hinaus noch einen ausgeglichenen Haushalt anstreben. Sie versuchen, uns die Quadratur des Kreises vorzumachen. Dies ist jedoch gescheitert und wird auch in

Zukunft scheitern. Wir müssen dafür kämpfen, dass der Staat für seine sinnvollen Projekte auch vernünftige und solidarisch finanzierte Einnahmesysteme vorweisen kann. Wir müssen gemeinsam dafür kämpfen, diese zu erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Ein Ausblick auf die kommenden Jahre in der Finanzplanung wäre wichtig gewesen. Diesen haben Sie uns nicht mitgeteilt. Die strukturellen Defizite aus dem Jahr 2010 werden sich im Jahr 2011 und 2012 fortsetzen. Sie benennen sie selber: 3,4 Milliarden Euro für 2011, 2,6 Milliarden Euro für 2012 und immerhin noch 2,1 Milliarden Euro für 2013. Nachdem Sie alle Rücklagen für den Haushalt 2010 ausgeräumt haben, werden Rücklagen zur Deckung dieses strukturellen Defizits nicht mehr zur Verfügung stehen. Sie wissen, dass weitere Belastungen durch die Landesbank bereits sicher sind. Sie wissen auch, dass zusätzliche Mittel, die mit den Sonderprogrammen finanziert sind, Ende 2011 definitiv nicht mehr vorhanden sind. Die Mittel in Höhe von 1 Milliarde Euro aus den Sonderprogrammen "Zukunft Bayern 2020", "Klimaprogramm Bayern 2020" und aus dem Konjunkturpaket II werden im bayerischen Staatshaushalt 2012 im Vergleich zu 2011 fehlen.

Hinzu kommt, dass das Tafelsilber des Freistaats Bayern bis auf wenige Eon-Aktien weitgehend verhökert worden ist. Da ist nichts mehr zu holen. Sie beharren - das setzt dem Ganzen die Krone auf - auf Bundesebene weiterhin auf Ihren Steuersenkungen. Sie sagen weiterhin, dass ab dem Jahre 2011 24 Milliarden Euro pro Jahr an Steuersenkungen vorgenommen werden. So steht es im Koalitionsvertrag. Herr Seehofer, Sie stehen persönlich für die genannten Steuersenkungen und haben vor wenigen Wochen erwähnt, dass Sie sich persönlich für die Umsetzung der Steuersenkungen einsetzen. Der durch die Steuersenkungen verursachte finanzielle Ausfall würde für den Freistaat Bayern bis zu 4 Milliarden Euro pro Jahr betragen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wahnsinn!)

Das ist Ihr Ausblick für die Finanzpolitik.

Wir können keine Verbesserungsvorschläge für die Finanzsituation erkennen. Im Gegenteil. Sie verschieben mit Ihrem Haushaltsentwurf für das Jahr 2010 finanzielle Lasten in die Zukunft. Sie haben kein Konzept vorgelegt, das zeigt, welche Einsparungen Sie vornehmen, wie Sie die Einnahmen des Staates verbessern und die vielfältigen Versprechungen Ihres Ministerpräsidenten finanzieren wollen. Statt einer ungeschminkten Beschreibung der Finanzsituation vernehmen wir für den Haushalt 2010, dass Sie in Ihr altbekanntes Reaktionsmuster verfallen, indem Sie behaupten, die bayerischen Daten seien die schönsten, die schnellsten und die besten.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): So ist es!)

Lieber Kollege Barfuß, wir werden Ihnen nicht den Gefallen tun und in einen oppositionellen Reflex verfallen, indem wir das Gegenteil behaupten. Die bayerischen Daten sind nicht die hässlichsten, die langsamsten und die schlechtesten. Sie können sich jedoch darauf verlassen, dass wir Sie weiterhin an Ihren Ankündigungen, an Ihren Selbstbeschreibungen und an Ihren selbst gesteckten Ansprüchen messen und Sie immer wieder mit der Realität in Ihrer eigenen Regierungspolitik konfrontieren werden.

(Beifall bei der SPD)

Richtig ist, dass manche Fundamentaldaten in Bayern besser als in anderen Bundesländern sind. Jedoch ist in diesem Punkt viel - jetzt hören Sie genau zu, darüber können Sie sich aufregen, aber es handelt sich um die Wahrheit - der Region München und seinem Kraftzentrum, der sozialdemokratischen Landeshauptstadt München, zu verdanken.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CSU)

Sie sollten sich das Vergnügen machen und einmal aus Ihren Steuerdaten die in der Landeshauptstadt München erwirtschafteten Steuereinnahmen herausrechnen und uns erklären, wo wir stehen. Dann werden Sie erkennen, was ohne die Steuereinnahmen der sozialdemokratisch geführten Kommune im Freistaat los wäre. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Seien Sie etwas ehrlicher. Sie haben in Ihrer Presseerklärung unmittelbar nach dem Kabinettsbeschluss behauptet, dass es eine weitere Steigerung der Zukunftsinvestition in Bildung gebe. Jedoch ist das Gegenteil der Fall. Der Entwurf der Staatsregierung zum Nachtragshaushalt 2010 sieht gegenüber dem Stammhaushalt im Einzelplan "Unterricht und Kultus" keine Steigerung, sondern eine Senkung vor. So werden die Personalausgaben im Bildungsbereich gekürzt. 300 Lehrerstellen sind weiterhin gesperrt und nicht freigegeben. Im Bereich der Wissenschaft gibt es ebenfalls keine Steigerung, sondern eine Reduzierung. Was Sie behaupten, ist eindeutig falsch. Sie reden von einer Steigerung der Investitionsquote auf Rekordniveau. Dazu müssen Sie ehrlicherweise hinzufügen, wodurch dieses Rekordniveau zustande kommt. Das Rekordniveau beruht auf dem Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes, das auf Bundesebene von der Sozialdemokratie durchgesetzt worden ist.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Durch den Finanzausgleich! - Beifall bei der SPD)

Ich räume ein, dass Wahrheiten nie angenehm sind. Uns geht es genauso. Heute sind Sie jedoch an der Reihe.

Wir stehen zu dem Strukturprogramm "Region Fürth-Nürnberg". Wir erkennen es an und halten es für wichtig. Sie müssen jedoch dazu sagen, wie Sie es finanzieren wollen. Sie finanzieren das Programm nicht mit zusätzlichen Mitteln, sondern mit den Mitteln der Wirtschaftsförderung. Die Wirtschaftsförderung war für die Bayern FIT GmbH vorgesehen. Seit 2008 ist dieses Projekt zum Kernprojekt der Regierung Beckstein erklärt worden. Diese Mittel stecken Sie nun in das Programm "Region Nürnberg-Fürth". Obwohl das Projekt sehr wichtig ist, gibt es viele andere Regionen in Bayern, die auf Wirtschafts- und Regionalförderung angewiesen sind. Sie sollten Ihre Großzügigkeit nicht auf Kosten anderer Regionen darstellen. Tatsache ist, dass Sie keine zusätzlichen Mittel für dieses Sonderprogramm bereitgestellt haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Nachtragshaushalt 2010 kann nur durch eine Kombination von fünf Methoden ausgeglichen werden. Die erste Methode habe ich bereits genannt. Dabei handelt es sich um die Plünderung sämtlicher Rücklagen. Bis auf das letzte Konto sind alle Rücklagen ausgeplündert worden. Im Jahre 2010 werden alle Rücklagen aufgebraucht werden, die in den Vorjahren mühsam erspart worden sind. Das ist die Wahrheit für den Haushalt 2010.

(Beifall bei der SPD)

Selbst das reicht aber noch nicht aus. Zwar kürzen Sie nicht so spektakulär wie unter Stoiber, jedoch kürzen Sie in einigen Bereichen genauso einschneidend. Aus Ihrer Sicht ist der Kürzungshaushalt 2010 geplant. Gegenüber dem Stammhaushalt werden die Einzelpläne gekürzt. Die Kürzungen betragen 115 Millionen Euro für den kommunalen Finanzausgleich, 20,6 Millionen Euro für Unterricht und Kultus, 11,3 Millionen für die Wissenschaft, 2,2 Millionen Euro für Umwelt und Gesundheit, 3,5 Millionen Euro für die Innere Verwaltung, 15 Millionen Euro für die Justiz und 14 Millionen Euro für das Finanzressort. Sie kürzen die Personalausgaben um insgesamt 537 Millionen Euro. Sie legen haushaltsgesetzliche Sperren in Höhe von 280 Millionen Euro auf. Auf sächliche Verwaltungsausgaben, Zuweisungen und Zuschüsse, sonstige Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen kommen Haushaltssperren.

Zu Haushaltssperren sei eines gesagt: Die Sperren können alle Verbände, Organisationen, Kommunen und andere Gebietskörperschaften treffen. Sie können letztlich alle Bürgerinnen und Bürger treffen. Sie wirken manchmal noch schlimmer als Kürzungen. Denn auf Kürzungen kann man sich einstellen, während das für Sperren nur sehr eingeschränkt gilt. Entgegen Ihrer Ankündigung treffen die Sperren zweitens auch dringend notwendige Investitionen, mit denen wirtschaftliche Impulse gesetzt werden sollen. Sie treffen entgegen Ihrer Ankündigung drittens auch die Bereiche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Umwelt. Sperren gibt es also auch für die Zukunftsaufgaben.

Darüber hinaus nehmen Sie doppelte Kürzungen vor. Das geht folgendermaßen: Beim Doppelhaushalt 2009/10 haben Sie eine haushaltsneutrale Senkung der haushaltsgesetzlichen Sperre beschlossen. Das heißt: Von 100 Euro wurden nur 80 Euro ausgezahlt. Im Stammhaushalt standen plötzlich nur 80 Euro. Dann kommt eine zusätzliche Sperre. Plötzlich werden aus 100 Euro nicht 80, sondern 64 Euro. Diesen Sparkurs machen Sie. Das geschieht alles sehr verdeckt, aber es ist genauso einschneidend.

Ich will einmal deutlich machen, wie pervers dieses System der Sperren ist. Bei der Landeszentrale für politische Bildung hat der Finanzminister in seinen Entwurf zusätzlich 150.000 Euro hineingeschrieben. Das ist gut, weil politische Bildung wichtig ist. Der Ansatz von 700.000 wurde also auf 850.000 Euro erhöht. Das ist ein Titel, auf den die Sperre von 20 % wirkt. Das Ergebnis sind 680.000 Euro. Statt einer Erhöhung, wie sie im Haushaltsplan steht, kommt es tatsächlich zu einer Reduzierung des Titels für das Haushaltsjahr 2010.

Das ist Ihr System der Sperren. Das ist Tricksen, Tarnen, Täuschen. Ohne dies kann der Haushalt nicht ausgeglichen werden.

(Beifall bei der SPD)

Sodann verschieben Sie finanzielle Lasten entgegen Ihrem eigenen Ansatz, der durchaus aller Ehren wert ist, in die Zukunft. Das ist nicht nur politisch inakzeptabel, weil es Ihrem Konzept widerspricht, sondern auch haushaltspolitisch brandgefährlich. Sie zweckentfremden den staatlichen Grundstock, der verfassungsrechtlich geschützt ist. Sie veranschlagen nämlich selber eine rückzahlbare Ablieferung des Grundstocks in Höhe einer knappen halben Milliarde Euro und belasten damit die Zukunft des Haushalts für die Jahre, in denen diese Belastung zurückgezahlt werden muss.

Sie verzichten auf die Zuführung an den Versorgungsfonds, der gerade dazu da ist, die finanziellen Lasten nicht zu verschieben. Sie machen eine Verschiebung in die Zukunft in Höhe von 35 Millionen Euro.

Sie verschieben die Rückführung der Arbeitszeit bei den Anwärtern. Sie haben nur den Polizeibereich und ein paar kleine Bereiche genannt. Wenn Sie das Prinzip ernsthaft durchführen, müssen Sie es jetzt schon beim Stammhaushalt berücksichtigen. Die Zahl der Anwärter muss gegenüber dem, was jetzt im Haushaltsentwurf steht, deutlich erhöht werden. Auch hier verschieben Sie das auf den nächsten Doppelhaushalt. Dabei sehe ich von den Stellenhebungen und einer latenten Staatsverschuldung, die Sie permanent produzieren, einmal ab. Sie stecken zu wenig in den Substanzerhalt. All das sind Verschiebungen in die Zukunft.

Die vierte Methode Fahrenschon ist tatsächlich ein Spezialkapitel: "Tricksen, Tarnen, Täuschen". Da geht es um die Verzinsung der stillen Einlage bei der Landesbank in Höhe von 231 Millionen Euro, die im Stammhaushalt steht. Der Finanzminister sagt zu dieser Einlage: Die Einlage von 231 Millionen Euro kommt von der Landesbank zurück.

Am 10. November sagte derselbe Finanzminister zu der Einlage von 231 Millionen Euro und ihrer Verzinsung: Sie kommt nicht. Gut, sie kommt nicht. Die Ankündigung hieß dann: Es wird voraussichtlich eine Neuverschuldung gebraucht.

Einen Tag später, nach 22 Stunden und 31 Minuten, hieß es - offensichtlich aufgrund eines Anrufs des Ministerpräsidenten -: Die Verzinsung der stillen Einlage von 231 Millionen Euro kommt doch. Das war also die neue Aussage des Finanzministers.

Dann gab es einen wunderbaren Disput im Haushaltsausschuss zwischen Ihnen und Herrn Kemmer, zwischen Pat und Patachon. Wir haben uns wirklich amüsiert. Der Kollege Kirschner hat nur noch die Stirn gerunzelt, weil er sich darauf keinen Reim machen konnte. Dann gab es noch die Aussage: Sie kommt doch.

Und jetzt heißt es im Entwurf: Sie kommt doch nicht. Herr Fahrenschon, ich kann es Ihnen nicht ersparen: Das ist Finanzpolitik nach der Gänseblümchenmethode: Geld kommt, Geld kommt nicht, Geld kommt, Geld kommt nicht. Dafür gibt es einen einzigen Grund: Sie waren in verzweifelter Suche nach den Millionen, die diesen nicht ausgegli-

chenen Haushalt, zumindest vom Zahlenwerk her, auf dem Papier ausgleichen können. Das ist die Wahrheit, die hinter diesem Haushaltsentwurf steckt.

(Beifall bei der SPD)

In Ihrer Verzweiflung kommen Sie jetzt auf einen anderen Trick, den Sie sich überlegt haben. Dabei geht es um die zu leistende mutmaßliche höhere Garantiegebühr für das ABS-Portfolio oder um die Teilrückführung der stillen Einlage. Das ist der nächste Trick. Ich bin mir sicher: Auch da werden wir einen Gänseblümchen-Finanzminister erleben: Kommt, kommt nicht, kommt, kommt nicht. Jedenfalls ist das - gestatten Sie mir diese Bemerkung, Herr Fahrenschoen - keine solide Haushaltspolitik, jedenfalls definitiv nicht in diesem Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Ein paar Bemerkungen zu dem, was wir in den Beratungen zu diesem Nachtragshaushalt einbringen wollen. Wir Sozialdemokraten bekennen uns ganz klar zu Investitionen in die öffentliche Infrastruktur. Statt in Steuersenkungen auf Pump zu investieren, wollen wir in die öffentliche Infrastruktur investieren, auch in diesem Nachtragshaushalt.

(Beifall bei der SPD)

Hierzu bekennen wir uns aus guten und plausiblen Gründen.

Wir sind der Auffassung, dass in diesem Nachtragshaushalt noch zu wenig Investitionen in die staatliche Infrastruktur enthalten sind und zu viele Effekte aus verpuffenden Steuersenkungen vorhanden sind. Wir haben bei Investitionen keinen verpuffenden Effekt wie bei Steuersenkungen, sondern ersparte Ausgaben in den Folgejahren. Wir können zukünftig Mehrbelastungen vermeiden. Dazu leisten wir in vielfältiger Hinsicht einen Beitrag zum Klimaschutz.

Wichtig sind also Investitionen in die öffentliche Infrastruktur. Wir wollen in den Haushaltsberatungen darlegen, dass das, was Sie nur behaupten und in Ihrer Rede erneut

behauptet haben, tatsächlich kommt, nämlich ein "chancenreiches Bayern", mit Chancen für alle Menschen in Bayern.

Sie haben im Bildungsetat gekürzt. Wir wollen aber, dass mehr Mittel für die Schulsanierung bereitstehen. Wir wollen, dass endlich das Prinzip "25 Schüler pro Klasse" umgesetzt wird. Dazu brauchen wir eine vernünftige Lehrerausstattung. Für diese werden wir im Nachtragshaushalt kämpfen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden auch für die Universitäten kämpfen. Statt Kürzungen bei den Studentenwerken und unzureichender Mittelausstattung wollen wir eine Ausstattung der Studentenwerke erreichen, wie sie sinnvoll ist. Wir wollen, dass zusätzliche Assistenten und wissenschaftliche Mitarbeiter eingesetzt werden. Wir wollen endlich, dass die Universitäten auch für uns Landtagsabgeordnete keinen Anlass bieten, uns schämen zu müssen, wenn wir die Gebäude ansehen, sondern es muss dahin kommen, dass wir uns hier über Zukunftsinvestitionen freuen können.

(Beifall bei der SPD)

Auch der Ausbau der Kinderbetreuung, der von Ihnen verbal auf den Lippen geführt wird, muss hier genannt werden. Herr Staatsminister, ich freue mich immer wieder, wenn ich Sie unsere Konzepte loben höre. Bedauerlich ist, dass sie in Bayern zehn Jahre zu spät umgesetzt werden. Aber immerhin freuen wir uns, dass Sie bereit sind, unsere Ziele zu loben, wenn es um Kinderbetreuung und Ganztagschulen geht.

Wir wollen auch das Thema Inklusion nicht nur verbal im Mund führen, sondern die Teilhabe der behinderten Menschen umsetzen und dafür auch Geldmittel bereitstellen. Alles andere ist nämlich Schall und Rauch.

Wir brauchen auch Geldmittel im Nachtragshaushalt 2010 unter dem Gesichtspunkt "Neue Perspektiven für Bayern". Wir werden die 35 Millionen Euro, die Sie als Kürzungen für den Staatsstraßenbau vorsehen, aufgreifen und rückgängig machen. Wir wollen die

Ansätze für ländliche Räume, neue Mobilität und die Energie- und Klimaschutzprogramme, endlich so ausstatten, dass sie sinnvollerweise umgesetzt werden können.

Darüber hinaus wollen wir den sozialen Zusammenhalt stärken.

Ich komme zum Schluss. Unsere Forderung ist, dass Sie sich, Herr Staatsminister, von vielen haushaltspolitischen Lügen der Vergangenheit verabschieden. Den Doppelhaushalt haben Sie unter die Überschrift "zukunftsgerichtet, konjunkturgerecht, solide" gestellt. Das leisten alle drei Etiketten aber nicht: Sie verschieben Lasten in die Zukunft. Sie senken Steuern, statt Investitionen in die Zukunft zu tätigen. Alles kann man über diesen Haushalt sagen, aber solide ist er nicht.

(Beifall bei der SPD)

Wir machen einen Vorschlag. Damit Sie Ihren Ruf als Finanzminister nicht weiter ruinieren, können wir Ihnen nur raten: Ziehen Sie den Entwurf für den Nachtragshaushalt 2010 zurück. Legen Sie dem Landtag in der nächsten Woche einen neuen Entwurf vor, ohne Finanztricks, ohne Luftbuchungen, ohne Verschiebungen von Lasten in die Zukunft. Das wäre für Sie persönlich gut. Das ist wirklich freundschaftlich gemeint. Es wäre gut für die Glaubwürdigkeit Ihrer Politik. Vor allem wäre es gut für unser Bayern und die Bürgerinnen und Bürger.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Das war eine Minute über die vorgesehene Redezeit, sodass wir bei Bedarf entsprechend großzügig sein können.

Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Görlitz.

Erika Görlitz (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach einer solchen Schimpf- und Mäkelkanonade ist es sehr schwierig, hier wieder einen sachlichen Ton hineinzubringen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Ich hatte gehofft, dass Sie in dieser einen Minute mehr Redezeit noch konkrete Vorschläge bringen, die man umsetzen und in die Arbeit einfließen lassen könnte.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Aber ich bin zuversichtlich, dass wir doch noch eine andere Stimmung hineinbekommen.

Herr Halbleib, ich muss Ihnen eines entgegenhalten, wenn Sie vom Wachstumsbeschleunigungsgesetz sprechen und sagen, dass dies der Untergang der Kommunen sei. Im Jahre 2000 hat Rot-Grün eine Unternehmensteuerreform verabschiedet, die es sogar fertig gebracht hat, dass noch nicht einmal München einen Cent von den DAX-notierten Unternehmen bekommen hat. Das war eine Katastrophe. Das hat man uns zugemutet.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Mit dem heute vorliegenden Gesetz - ich spreche vor allen Dingen vom FAG - finden wir einen Weg, die Kommunen bei ihrer Arbeit weiterhin zu unterstützen, und zwar erfolgreich und kraftvoll. Bezüglich des Doppelhaushaltes und des Nachtragshaushaltes 2010 ist es notwendig geworden, auch das FAG neu zu bewerten. Dafür gibt es verschiedene Gründe: Zum einen gab es Änderungen, wie zum Beispiel den Ersatz für die Kfz-Steuer, aber auch das Heimgesetz wurde geändert, und es gab Änderungen beim Verteilungsschlüssel für Artikel 15 FAG. Des Weiteren sind die Einnahmen zurückgegangen. Trotzdem ist es gelungen, den kommunalen Finanzausgleich so zu gestalten, dass er 2010 die Marke 6 Milliarden Euro übersteigt. Das ist eine Rekordmarke.

Wenn Sie sich erinnern, dass wir im Jahre 2007 eine Steigerung von 7,6 %, im Jahre 2008 von 11 % und im Jahre 2009 von 3,7 % hatten, dann muss man wirklich sagen, dass wir dieses Niveau halten, und das kommt unseren Kommunen zugute.

(Beifall bei der CSU)

Den leichten Rückgang, der zu verzeichnen ist, hat der Freistaat Bayern mit zusätzlichen Haushaltsmitteln von insgesamt 60 Millionen Euro abgemildert, um zu erreichen,

dass die den Kommunen zur Verfügung stehende Summe entsprechend gefestigt ist. In der Gesamtbilanz sinkt der Finanzausgleich um 53,8 Millionen Euro, das heißt um 0,8 %. Bei den Landesleistungen sinkt er bis auf 6,3 Milliarden Euro.

Es gab eine ganze Reihe von strukturellen Veränderungen, die deutlich machen, dass wir den Anteil am allgemeinen Steuerverbund für die Kommunen weiter stärken wollen, damit sie über mehr frei verfügen können. So wurde der Anteil am allgemeinen Steuerverbund auf 12 % erhöht, was sich bei den Schlüsselzuweisungen immerhin mit 14,7 Millionen Euro ausdrückt. Diese strukturelle Verbesserung sichert den Kommunen eine zukunftsfeste, dauerhafte Beteiligung an den Steuereinnahmen des Freistaates Bayern.

Zum Ausgleich vorübergehender Kfz-Steuer ausfälle erhalten die Länder einen Ausgleich vom Bund in Form eines Umsatzsteuerfestbetrages. Außerdem ist die Kfz-Steuer, wie Sie wissen, ab 1. Juli 2009 von einer Landessteuer zu einer Bundessteuer geworden.

Auch beim Verteilungsschlüssel in Artikel 15 FAG bezüglich der Bezirke hat es eine Verbesserung gegeben. Die Gewichtung für die Ausgaben wurde gestärkt und für die Umlagekraft gesenkt, um damit den Bezirken mehr Spielraum geben zu können.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist uns die Stärkung der kommunalen Investitionen. Im Jahre 2008 haben die Kommunen 21,9 % an Investitionen getätigt.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Das ist ein Wert, der sonst nirgendwo in Deutschland erreicht wird. Auch das wollen wir weiterhin stärken,

(Georg Schmid (CSU): Sehr gut!)

und zwar im Bereich Bildung und Gesundheit sowie im ländlichen Raum. Das sind unsere Schwerpunkte, die wir uns zusammen mit den Kommunen gesetzt haben.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben allein für den Schulhausbau und die entsprechenden Renovierungen sowie Generalsanierungen 265,6 Millionen Euro und für die Krankenhausfinanzierung - ein wichtiger Bereich, bei dem unsere Kommunen und die Gesundheit unserer Bevölkerung Unterstützung finden - 500 Millionen Euro zugesetzt. Die Investitionspauschale, die es den Kommunen ermöglicht, selbst zu entscheiden, welche Schwerpunkte sie setzen möchten, wurde auf 173,3 Millionen Euro festgelegt. Die ÖPNV-Investitionen - auch das ist uns ein großes Anliegen unserer Kommunen - betragen 187,7 Millionen Euro. Für den Bereich Umweltschutz, Abwasserversorgung, Abwasserentsorgung sind 141,9 Millionen Euro vorgesehen, für den Straßenbau - auch das ist ein sehr wichtiger Bereich, der auf die Infrastruktur in den einzelnen ländlichen Gebieten wirkt - 155 Millionen Euro und den Straßenbauunterhalt 264 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Stärkung der kommunalen Verwaltungshaushalte war ein weiterer wichtiger Schwerpunkt, nachdem die Schlüsselzuweisungen um 127,7 Millionen Euro auf insgesamt 2,512 Milliarden Euro zurückgegangen sind. Aus dem Verbundtopf wurde dieser Rückgang abgedeckt, zum einen durch die Erhöhung des Anteils am allgemeinen Steuerverbund, zum anderen mit weiteren staatlichen Mitteln in Höhe von 29,3 Millionen Euro.

Für den Sozialhilfeausgleich, den unsere Bezirke bewältigen müssen, haben wir zusätzlich 6 Millionen Euro draufgelegt. Damit stehen 583,6 Millionen Euro zur Verfügung.

Bei der Schülerbeförderung haben wir 6 Millionen Euro zugelegt, da die große Unterstützung von 60 % sichergestellt werden muss. Das ist ein wichtiger Beitrag für die Kommunen, aber auch für die Sicherheit unserer Kinder.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Hieraus ist klar zu ersehen, dass der Freistaat Bayern und die christlich-liberale Koalition starke Verbündete der Kommunen sind. Das wissen unsere Kommunen. Diese Vorgaben wurden einheitlich und einstimmig so beschlossen. Wir haben ein sehr enges

Abstimmungsverfahren mit den Kommunen, auch dank des neuen Verfahrens, das wir im letzten Monat beschlossen haben.

(Zuruf von der SPD - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Damit haben wir mehr Transparenz und können zusammen mit den Kommunen einen guten Finanzausgleich vornehmen. Das ist hier gelungen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Frau Kollegin Görlitz. - Als nächster Redner spricht für die Freien Wähler Herr Kollege Pointner. Bitte schön.

Mannfred Pointner (FW): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Staatsminister, ich muss Sie berichtigen. Sie haben pauschal gesagt, dass die Opposition nach der März-Steuerschätzung 2009 einen Nachtragshaushalt gefordert hätte. Da waren wir aber nicht dabei. Vielleicht rechnen Sie uns aber auch gar nicht zur Opposition, das kann auch sein.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das würde mich bedenklich stimmen!)

Aber vielleicht ändern Sie auch Ihre Meinung nach meiner Rede.

Wir hatten damals anerkannt, dass man mit haushaltsrechtlichen Mitteln diese 700 Millionen Euro Mindereinnahmen in den Griff bekommt. Nach der November-Steuerschätzung sieht das für 2010 anders aus. Es gibt 1,5 Milliarden Euro an Steuerausfällen plus 200 Millionen Euro aus dem Länderfinanzausgleich. Als ich mir den Nachtragshaushalt angeschaut und gesehen habe, wie Sie dieses Defizit ausgleichen, gab es schon eine gewisse Bewunderung, was Sie da alles machen. Allerdings ist diese Bewunderung dann gleich in ein großes Missfallen umgeschlagen, als ich gesehen habe, dass Sie Etikettenschwindel betreiben und Sie diesen Haushalt nur ausgleichen,

(Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und den GRÜNEN)

weil Sie die Lasten in die kommenden Jahre verschieben und Hypotheken für die kommenden Jahre aufnehmen. Sie sollten also nicht immer so tun, als ob wir in Bayern einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung hätten, obwohl wir im Jahr 2010 Geld ausgeben werden, das in den nächsten Jahren zurückgezahlt werden muss oder sogar kommende Generationen belastet.

Ich darf einige Beispiele nennen. Herr Kollege Halbleib hat schon einiges dazu gesagt. Ich darf das noch einmal verdeutlichen.

Zunächst zur Entnahme der Restrücklage. Das waren 368 Millionen Euro. Dazu muss man wissen, dass wir Anfang 2009 noch eine Restrücklage in Höhe von 4 Milliarden Euro hatten, die in den Jahren 2009 und 2010 vollständig verbraucht worden ist. Offenbar haben Sie aber doch noch irgendwelche Rücklagen gefunden. Ich war ganz erstaunt, dass Sie nun 200 Millionen Euro aus einer Sonderrücklage entnehmen. Diese Sonderrücklage wurde für die Folgekosten aus der "Offensive Zukunft Bayern" angelegt. Diese 200 Millionen Euro haben Sie jetzt herausgenommen. Entweder gibt es nach Ihrer Meinung keine Folgekosten mehr, dann hätten Sie diese Sonderrücklage auch im Sinne der Haushaltswahrheit nicht in einer Sonderrücklage anlegen dürfen, oder wenn es doch Folgekosten gibt, fehlt Ihnen das Geld in den Jahren, in denen diese Folgekosten anfallen, und Sie müssen es anderweitig finanzieren.

Eine weitere Hypothek für die Zukunft ist die Ablieferung vom Grundstock in Höhe von 480 Millionen Euro. Dieses Geld muss spätestens 2016 zurückgezahlt werden. Dabei steht noch die Frage, wie Sie mit den Zinsen dafür umgehen. Es entgehen Ihnen ja Zinsen für diese Mittel, weil diese Grundstockmittel angelegt sind und Sie dafür zumindest Bankzinsen bekommen hätten. Tatsächlich aber, ob mit oder ohne Zinsen, belastet dieser Betrag den nachfolgenden Haushalt. Das ist insbesondere deswegen prekär, weil 2016 die Schuldenbremse gilt und eine Nettoneuverschuldung dann nicht mehr möglich ist. Aber vielleicht haben Sie noch irgendein Hintertürchen: Sie nehmen noch mehr Geld auf, oder es gibt noch andere Beträge in diesem Grundstock, die man entnehmen könnte. Es wäre für uns ganz interessant, einen Gesamtüberblick über den Grundstock zu

erhalten, um für die Zukunft abklären zu können, was hier noch alles gespielt werden kann.

Weiterhin wollen Sie im Nachtragshaushalt 35 Millionen Euro weniger in den Versorgungsfonds einzahlen. Dieser Versorgungsfonds ist von Ihnen gesetzlich festgelegt worden, aber Sie weichen schon ganz am Anfang davon ab. Sie leisten nur noch den Mindestbetrag von 70 Millionen Euro und verschieben die Lasten wiederum in die Zukunft. Jeder weiß, dass die zukünftige Versorgung der Beamten schon jetzt eine gewaltige Last für den Staat ist, die sich noch weiter vergrößern wird.

Das Nächste sind die Haushaltssperren, die Ihnen Minderausgaben von 280 Millionen Euro für 2010 bringen sollen. Haushaltssperren sind zwar geeignete Mittel, kurzzeitig Mehrausgaben oder Mindereinnahmen in einem Haushalt auszugleichen, aber auf Dauer widersprechen Haushaltssperren wiederum der Wahrheit und Klarheit des Haushalts. Nachdem ich davon ausgehe, dass das Finanzministerium zusammen mit den anderen Ministerien die Ansätze für diese Ausgaben gewissenhaft veranschlagt, ist es unausweichlich, dass in den nächsten Jahren vermehrt Mittel nötig sein werden, um die aufgeschobenen Maßnahmen, Anschaffungen, Reparaturen usw., durchführen zu können. Also auch hier wieder eine Belastung für die Zukunft.

Das Letzte, was ich noch nennen will, was aber Ihre Dreistigkeit, von einem ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung zu sprechen, auf die Spitze treibt, ist der Versuch, die 231 Millionen Euro, die Sie von der Landesbank als Zinsen für Ihre stille Einlage erwartet haben, die Sie aber wegen der EU-Vorgaben nicht bekommen, entweder durch eine Rückführung der stillen Einlage oder durch eine Erhöhung der Garantiegebühr wieder hereinzuholen. Wir alle wissen, dass diese 10 Milliarden Euro über Kredite finanziert worden sind und dass diese 10 Milliarden Euro praktisch an die Landesbank weitergeleitet wurden. Sie wollen davon einen Teil zurücknehmen. Das Gleiche gilt für die 4,8 Milliarden Euro für die Garantie, die Sie übernommen haben. Wenn die Zahlung dieser 4,8 Milliarden Euro erforderlich werden sollte, was wir alle nicht erwarten, müsste sie auch über Kredite finanziert werden. Damit haben Sie wieder kreditfinanzierte Teile

in den allgemeinen Haushalt zurückgenommen. Wenn das keine Kreditaufnahme im eigentlichen Sinne ist, dann verstehe ich die Welt nicht mehr.

(Beifall bei den Freien Wählern und des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass Sie diese 10 Milliarden Euro schon im letzten Jahr aufgenommen haben; denn Sie behandeln ja diese Angelegenheit mit der Landesbank in dem Kapitel 13 60 als eine Art Sonderhaushalt, der mit den anderen Haushalten nichts zu tun hat, weil Sie ja ständig von den ausgeglichenen Haushalten der letzten Jahre sprechen. Sie suggerieren damit, dass sich dieser Sonderhaushalt von selber trägt und irgendwann einmal durch Rückzahlungen aus der Landesbank ausgeglichen werden kann. Wer die Situation betrachtet und vor allen Dingen die 3,75 Milliarden Euro sieht, die wir jetzt irgendwie nach Kärnten geleitet haben, der wird dann schon sehen, dass eine Rückzahlung dieser 10 Milliarden Euro wohl nicht so leicht eintreten wird.

Wenn man jetzt auch noch betrachtet, dass Sie im nächsten Jahr vorsorglich 800 Millionen Euro, im Finanzplan zumindest, eingelegt haben, um eventuelle Inanspruchnahmen der Garantie auszugleichen, dann widerspricht dies einem ausgeglichenen Haushalt umso mehr.

Als Fazit kann ich nur sagen: Der Nachtragshaushalt 2010 ist nur scheinbar ein ausgeglichener Haushalt ohne Neuverschuldung. Tatsächlich werden fast 1 Milliarde Euro in diesem Haushalt eingestellt, die Sie sich zulasten nachfolgender Haushalte und, wie ich schon gesagt habe, teilweise nachfolgender Generationen geleistet haben.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden aber trotz dieser vor allem durch das Desaster bei der Landesbank verursachten schwierigen Haushaltslage Anträge zu diesem Haushalt stellen, Anträge, die auch Geld kosten werden, und zwar vor allem auch deswegen, weil es draußen nicht zu vermitteln ist, dass 10 Milliarden Euro für die Landesbank gebraucht werden und jährlich mehrere hundert Millionen Euro

an Zinsen zu zahlen sind und dass deswegen Maßnahmen für unser Land unterbleiben sollen.

Im Besonderen ist es auch nicht vermittelbar, dass wir 3,75 Milliarden Euro wegen dieser skandalösen Vorgänge beim Kauf der Hypo Group Alpe Adria in den Sand gesetzt haben und damit eben auch die Rückführung der Schulden der Landesbank an den Staat, vereinfacht gesagt, erschwert wird.

Wir werden Anträge stellen. Wir haben uns auch Gegenfinanzierungsvorschläge überlegt, die Ihnen zwar nicht gefallen werden, die aber sofort Geld in die Kasse des Landes spülen werden, sodass damit einiges von den vorgesehenen Ausgaben finanziert werden könnte.

Als Erstes: Verzichten Sie auf die dritte Start- und Landebahn am Flughafen und fordern Sie die 250 Millionen Euro Darlehen plus die nicht gezahlten Zinsen aus den letzten 25 Jahren für das Gesamtdarlehen von ursprünglich annähernd 650 Millionen Euro zurück!

(Beifall bei den Freien Wählern)

Sie haben damit mehr als 1 Milliarde Euro für wichtige Investitionen im Lande zur Verfügung. Nachdem die Flughafengesellschaft erklärt hat, dass sie die 2,5 Milliarden Euro Kosten für den Bau der dritten Bahn und der sonstigen dazu notwendigen Anlagen, beispielsweise des Satelliten, der praktisch als drittes Terminal eingebaut werden muss, selbst finanzieren könnte, dürfte es wohl auch möglich sein, 1 Milliarde Euro oder mehr an den Freistaat und die anderen Gesellschafter zurückzuzahlen.

Meine Damen und Herren, es ist auch nicht einsehbar, dass notwendige Verkehrswege, die die Luftfahrt braucht, aus allgemeinen Steuermitteln mitfinanziert werden, während zum Beispiel beim Straßenverkehr die Wege von den Nutzern selbst finanziert werden. Sie haben vor Kurzem in der Presse gelesen, dass die Einnahmen aus den Steuern, die die Straßenverkehrsteilnehmer zahlen, bei Weitem ausreichen, um diese Verkehrswege zu finanzieren. Der Luftverkehr zahlt keine Steuern für Kerosin. Er ist damit gegenüber

anderen Verkehrsmitteln stark bevorzugt. Sie werden wahrscheinlich gleich auf das aktuelle Gutachten verweisen. Das habe ich schon gelesen: Ich sehe keinen direkten Zusammenhang zwischen diesem Gutachten und den heute von der Flughafengesellschaft veröffentlichten Prognosen, dass damit der Bedarf schon gewährleistet wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

- Danke, Herr Magerl. - Es sind nur Wachstumszahlen genannt, wobei Bayern ganz gut dasteht. Aber andere Länder, aus denen die Zubringerflüge kommen, wie Südosteuropa oder Italien, werden weitaus weniger Wachstum verzeichnen. Wenn Sie sich die Gutachten genau anschauen, so erkennen Sie, dass es in unserer Region - natürlich wünsche ich mir, dass wir Wachstum haben werden - nicht zu einem weiteren Bedarf für die dritte Startbahn kommen wird. Die Fluggäste, die aus unserer Gegend kommen, werden durch eine dritte Bahn auch nicht mehr.

Eines sollte man auch einmal ganz deutlich sagen: Dieser Flughafen hat auch ohne diese dritte Bahn noch erhebliche Wachstumspotenziale und könnte nach dem jetzigen Stand mindestens weitere 100.000 Bewegungen und mindestens 15 Millionen Passagiere bewältigen, was noch einmal 10.000 Arbeitsplätze für unsere Region brächte. Der Flughafen München gehört jetzt schon zu den größten in Europa. Er hat eine höhere Kapazität - auch das ist nicht sehr bekannt - als derzeit Frankfurt. In Frankfurt werden immerhin 500.000 Bewegungen bei 50 Millionen Passagieren abgewickelt.

Der weitere Ausbau mit einer dritten Bahn dient dem Größenwahn, den größten oder einen der größten Flughäfen in Europa zu haben. Das ist genau derselbe Größenwahn, der sich bei der Planung des Transrapids oder beim unseligen Kauf der Hypo Alpe Adria oder beim Kauf der wertlosen amerikanischen Schrottpapiere gezeigt hat.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Ich kann Ihnen garantieren, dass die 2,5 Milliarden Euro, die für den Ausbau des Flughafens vorgesehen sind, sollte er durchgeführt werden, auch zulasten der bayerischen

Steuerzahler gehen werden - über die Milliarden von Euro hinaus, die bisher in den Flughäfen gesteckt worden sind.

Meine Damen und Herren, ich erinnere mich an die Debatten zum Doppelhaushalt 2009/2010 im letzten Jahr. Sie haben sowohl in den Ausschüssen als auch im Plenum bei allen Vorschlägen der Opposition immer nach der Gegenfinanzierung gefragt. Erstaunlicherweise spielt diese Frage der Gegenfinanzierung bei der Steuerdebatte vor und nach der Bundestagswahl keine Rolle mehr.

(Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und den GRÜNEN)

Ich kann mich noch an eine Aussage des Ministerpräsidenten erinnern. Bei der Diskussion zur Finanzierung des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes hat er schlicht und einfach gesagt: Wenn wir uns die 400 Millionen Euro Mindereinnahmen nicht leisten können, dann können wir gleich zumachen. - Dass diese Änderung der Steuergesetze natürlich auch zulasten der Kommunen geht, und zwar erheblich, das ist übersehen worden. Man hat, wie auch in anderen Fällen, Verträge bzw. Gesetze zulasten der Kommunen gemacht.

Von den Damen und Herren Kollegen, die vor mir gesprochen haben, wird immer wieder behauptet, dass sich alles tragen und alles wieder reinkommen würde. Dazu ein Hinweis: Alle ernst zu nehmenden Finanz- und Wirtschaftswissenschaftler, aber auch Politiker wie Ihr geschätzter ehemaliger Bundesfinanzminister sagen deutlich, dass sich Steuerermäßigungen nur bis 30 %, höchstens bis zu 50 % refinanzieren ließen. Natürlich, um das klarzustellen, treten auch wir für Steuererleichterungen ein, aber bei allen diesen Maßnahmen muss das gesamtwirtschaftliche Gefüge im Fokus bleiben. Wenn auf der anderen Seite aufgrund der Steuermindereinnahmen die Investitionen nicht getätigt werden können, zum Beispiel zusätzliche Belastungen für Familien mit Kindern entstehen oder die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes beeinträchtigt wird, dann überwiegen die Nachteile gegenüber den Vorteilen.

Die Fraktion der Freien Wähler wird deshalb gezielt zum Nachtragshaushalt einige Änderungsanträge stellen, die genau in diese Richtung gehen - aber das ist keine Prioritätenliste -: Erstens, die Kommunen zu unterstützen, um Investitionen zu fördern und zusätzliche Belastungen von den Familien fernzuhalten; zweitens, Investitionen in die Bildung zu tätigen; drittens, die ländlichen Räume zu stärken, um die fortschreitende Ungleichbehandlung von verschiedenen Landesteilen zu stoppen; und viertens, die Familien nachhaltig zu stärken. Das alles und noch einiges mehr - ich werde nicht alles aufzählen; denn wir werden noch öfter Gelegenheit haben, über diesen Nachtragshaushalt zu sprechen - ist für die Zukunft unseres Landes unabdingbar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Görnitz, trotz Ihrer positiven Aussagen muss ich Ihnen entgegenhalten: Den Kommunen stehen schwere Zeiten bevor. Das können Sie täglich der Presse entnehmen. Das höre ich auch bei zahlreichen Gesprächen mit Bürgermeistern, mit Land- und mit Bezirksräten. Und offenbar hat das inzwischen auch der Herr Ministerpräsident erkannt. Denn er sagt, man müsse den Kommunen helfen und gemeinsam mit dem Bund etwas tun. Aber zwischen Erkennen und Handeln ist ein weiter Weg.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Schon bei den Verhandlungen zum Finanzausgleich war erkennbar, wie die Lage der Kommunen ist und wie sie sich weiterentwickelt. Doch man ist den Kommunen nicht entgegengekommen. Sie sagen, der Finanzausgleich liege mit circa 80 Millionen Euro weniger noch einigermaßen im Rahmen. Sie haben aber völlig übersehen, dass die Kommunen gewaltige Einbrüche bei der Einkommensteuer und bei der Gewerbesteuer verzeichnen. Im Finanzausgleich haben sie aber zunächst nichts zu tun. Diese rühren zum einen von der Wirtschaftskrise, zum anderen aber auch von den Steuerrechtsänderungen der letzten Monate und Jahre her. Das Entlastungsvolumen bei der Lohn- und Einkommensteuer und bei der Körperschaftsteuer liegt im Vergleich zum Jahr 2008 bei annähernd 30 Milliarden Euro, was heute schon genannt wurde. Bei der Lohn- und Einkommensteuer sind die Gemeinden mit 15 % beteiligt. Dazu kommen auch noch die

Änderungen bei der Gewerbesteuer. Das führt dazu, dass die bayerischen Städte und Gemeinden schon im Jahr 2009 circa 1 Milliarde Euro weniger eingenommen haben. Im Jahr 2010 werden es zwischen 1,5 und 2 Milliarden Euro sein. Diese geringeren Einnahmen führen auch dazu, dass die Umlagekraft der Gemeinden absinkt, was wiederum eine Spirale in Gang setzt, weil die Landkreise eine höhere Umlage erheben müssen, um die Leistungen erbringen zu können. Dann werden die Bezirke die Umlagen anheben müssen, was dazu führt, dass die Kreisumlagehebesätze - das ist keine Schauermär, die ich bei den Landkreisen erzähle -, zumindest in Oberbayern, bei 60 Punkten und mehr angekommen sein werden.

Hinzu kommen die ständig steigenden Belastungen durch Sozialausgaben - Sozialhilfe, Behindertenhilfe oder Jugendhilfe - bei den Bezirken und bei den Landkreisen. Für das Jahr 2010 hat man errechnet, dass für die Bezirke statt 580 Millionen Euro, wie es jetzt der Fall ist, 740 Millionen Euro gebraucht werden, um einigermaßen einen Ausgleich herbeiführen zu können. Dazu fehlen 160 Millionen Euro. Und Lücke wird weiter wachsen. Die Bezirke erklären, dass Sozialstandards aufgestellt werden, gegen die man nichts sagen kann, wie in Bezug auf das Personal der Einrichtungen und die Gestaltung der Einrichtungen. Man stellt Standards auf, aber über die Finanzierung wird nicht geredet. Deswegen haben die Bezirke einige Resolutionen erlassen.

Meine Damen und Herren, wir haben zum Finanzausgleich Tabellen von Ihnen, Herr Finanzminister, bekommen, die zeigen sollen, dass es den Gemeinden im Vergleich zum Staat gut geht. Zum einen enthalten diese Tabellen nur Durchschnittswerte, zum anderen sind diese Gemeinden - das muss man immer wieder deutlich sagen - in ein strenges haushaltliches Korsett gezwängt, das es Ihnen nicht ohne Weiteres ermöglicht, Kredite für notwendige Investitionen aufzunehmen. Die Gemeinden müssen, was grundsätzlich richtig ist und was ich nicht kritisiere, ihre Kredite, einschließlich Zins und Tilgung aus den laufenden Einnahmen finanzieren. Ziel aller Gemeinden ist es daher, wegen dieser Vorgaben ihre Schulden möglichst zu reduzieren. Sie verwenden daher im Gegensatz

zum Staat Haushaltsüberschüsse auch zur Tilgung von Schulden und legen in der Regel diese Gelder nicht auf die hohe Kante.

Es hilft jetzt auch nichts, wenn der Innenminister diese haushaltsrechtlichen Regelungen abändern will. Kredite können die Gemeinden nach wie vor nur dann aufnehmen, wenn sie auch in der Lage sind, einen ordentlichen Schuldendienst zu leisten. Es liegt ein gewisser Widerspruch darin, wenn man einerseits für den Staat immer einen ausgeglichenen Haushalt fordert, aber andererseits den Gemeinden sagt, nehmt halt Schulden auf.

Nachdem 65 % aller öffentlichen Investitionen von den Kommunen durchgeführt werden, ist aufgrund der prekären Haushaltslage vieler Kommunen ein erheblicher Rückgang dieser Investitionen zu erwarten. Davon ist vor allem auch die mittelständische Wirtschaft betroffen, die stark von den Aufträgen der Kommunen abhängt.

Dass hoher Investitionsbedarf besteht, haben wir schon am Konjunkturprogramm gesehen, das mehrfach überzeichnet war. Was passiert, wenn die Gemeinden kein Geld haben? Der Ausbau der Krippenplätze ist gefährdet, und die von der Bundesregierung gesetzten Ziele sind infrage gestellt. Die Gemeinden werden bei den Kindergärten die Gebühren erhöhen müssen, weil dort noch einiges an Leistungen der Gemeinden drinsteckt, für die bisher keine Gebühren erhoben wurden. Betroffen sind ferner Gebühren für Einrichtungen wie Schwimmbäder, Sportanlagen und Bibliotheken. Gerade den Eltern mit Kindern wird das Geld wieder aus der Tasche gezogen, das sie durch die Erhöhung des Kinderfreibetrags oder des Kindergeldes auf der anderen Seite eingenommen haben.

Der Rückgang der Steuereinnahmen betrifft alle Gemeinden. Die direkten Auswirkungen sind natürlich unterschiedlich, je nach dem, wie die Steuerkraft dieser Gemeinden ist. Besonders fatal ist für die schwächeren Gemeinden der Rückgang der Schlüsselzuweisungen; gegenüber dem Stammhaushalt sind es 127 Millionen, gegenüber dem letzten Jahr 80 Millionen. Diese Schlüsselzuweisungen kommen vor allem den finanzschwä-

cheren Gemeinden zugute. Daran ändert sich auch nichts, wenn die Abgeordneten der Regierungsparteien - ich muss das auch einmal sagen - mit ihren Presseerklärungen zur Verteilung der Schlüsselzuweisung auf die Wohltaten des Staates hinweisen. Tatsächlich ist es eben weniger geworden.

Der gemeindliche Anteil am allgemeinen Steuerverbund ist zwar von 11,94 auf 12 % erhöht worden. Das reicht aber bei Weitem nicht aus, um diese vorher genannten Einnahmeausfälle auszugleichen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wir werden deshalb wie schon beim Stammhaushalt fordern, dass der Kommunalanteil auf 12,5 % erhöht wird, was auch den Forderungen der kommunalen Spitzenverbände entspricht. Diese ca. 125 Millionen für die Gemeinden gleichen gerade einmal die Mindereinnahmen aus dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz aus. Diese Mittel sollen vor allem zur Erhöhung der Schlüsselzuweisungen und der Investitionspauschalen verwendet werden. Das würde dazu führen, dass die Schlüsselzuweisungen zumindest den Stand von 2009 erreichen.

Nach wie vor fordern wir auch, den Anteil am Kfz-Steuerverbund zu erhöhen, um vor allem den öffentlichen Nahverkehr und den gemeindlichen Straßenbau zu stärken. Nach wie vor zu niedrig ist auch der Anteil des Staates an den Schülerbeförderungskosten, selbst wenn jetzt eine geringfügige Erhöhung im Vergleich zu 2009 festgelegt worden ist, die allerdings zum Stammhaushalt 2010 eine Verminderung um 2 Millionen bringt. Die Schülerbeförderungskosten steigen aufgrund der Personal- und Betriebsmittelkosten ständig an, aber auch aufgrund der Zunahme der Zahl der Kinder, die zu den weiterführenden Schulen längere Wege haben.

Zur Unterstützung unserer Familien fordern wir weiterhin ein kostenfreies Kindergartenjahr. Es ist schon erstaunlich, dass sich dies das Land Kärnten von unserem Geld leistet,

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

aber auch andere Bundesländer, die vom Finanzausgleich profitieren - das reiche Bayern jedoch nicht.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Gerade die Förderung der Familien ist einer der Schwerpunkte unserer Politik, und dieses Geld kommt direkt bei den Eltern an, genauso wie das von Ihnen beschlossene Betreuungsgeld.

Ebenso fordern wir nach wie vor die Abschaffung der Studienbeiträge, also eine Regelung, wie sie auch andere Bundesländer und das Land Kärnten praktizieren.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Mit unserem Finanzausgleich!)

- Mit unserem Finanzausgleich: die anderen Bundesländer. Aber bei Kärnten haben wir einen anderen Finanzausgleich gemacht, den sogenannten indirekten Finanzausgleich.

(Beifall bei den Freien Wählern und der FDP)

Wir werden auch weiterhin die Erhöhung der Ausgleichszulage für Betriebe in der Landwirtschaft in benachteiligten Gebieten fordern, um auch hier die Chancengleichheit zu fördern und vor allem die kleinstrukturierte Landwirtschaft in unserem Alpen- und Vor-alpengebiet zu erhalten. Wir wissen alle, dass dies zum Erhalt unserer Landschaft dringend notwendig ist.

Ein besonderes Anliegen ist uns die regionale Wirtschaftsförderung. Dabei legen wir insbesondere darauf Wert, dass die Breitbandinitiative des Freistaats endlich zum Erfolg geführt wird. Jetzt sind all diejenigen Minister nicht da, die ich ansprechen wollte. Den Zukunftsprognosen zufolge werden wir vor allem in den Landkreisen im Osten und im Nordosten unseres Landes erhebliche Bevölkerungseinbußen hinnehmen müssen. Das sieht man jetzt schon am Rückgang der Bevölkerung in einzelnen Landkreisen. Hauptgrund für diese Rückgänge ist vor allem das Fehlen von Arbeitsplätzen. Vordringliches

Ziel unserer Landespolitik muss deshalb sein, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass dort Arbeitsplätze erhalten und weiter ausgebaut werden.

Ich möchte noch einmal - es ist ein Lieblingsthema von mir - auf den Flughafen zurückkommen: Es ist sinnvoller, die Milliarden, die für den weiteren Ausbau des Flughafens benötigt werden, in diese Randgebiete zu stecken, weil sich sonst einstellt, was jetzt schon zu sehen ist, dass nämlich die Bevölkerung in die Ballungsräume abwandert und das Fortbestehen dieser Gemeinden, die Heimatgemeinden dieser Leute, infrage gestellt wird. Die Gemeinden aber, in die die Leute zuwandern, haben mit der Aufnahme dieser Menschen Probleme mit der Infrastruktur.

(Beifall bei den Freien Wählern und bei Abgeordneten der SPD)

Das Ungleichgewicht der Entwicklung in Bayern wird gesteigert, wenn man alles in die Ballungsräume investiert.

Grundsätzlich zu begrüßen - also einmal etwas Positives - ist das Sonderprogramm für Nürnberg/Fürth, für das heuer 26 Millionen Euro ausgewiesen werden. Allerdings muss man auch sagen, dass die Strukturprobleme in dieser Region schon seit Längerem bestehen, nicht erst seit der Insolvenz von Quelle. Es hätte also bereits früher Anlass gegeben, hierfür Programme aufzulegen.

(Beifall bei den Freien Wählern und bei Abgeordneten der SPD)

Normalerweise macht man bei solch einer Haushaltseinbringung auch einen Ausblick in die Zukunft. Wenn ich in den Finanzplan schaue, sehe ich ein großes schwarzes Loch. Das hat jetzt nichts mit politischer Couleur zu tun, sonst müsste ich schwarz-gelbes Loch sagen. Aber was die 3,4 Milliarden Konsolidierungsbedarf betrifft, die hier bestehen, meine ich, warten wir einmal die Mai-Steuerschätzung ab.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Ein Licht am Ende des Tunnels!)

Ich denke aber, da wird es nicht viel besser ausschauen, wenn wir auch hoffen, dass es besser wird. Das ist nicht nur in Ihrem, sondern auch in unserem Sinne. Es sind schon Spekulationen im Gange, wie dies der Finanzminister ausgleichen wird. Man hat schon drei Bereiche ins Auge gefasst, etwa die Kommunen, den Personalaufwand und Investitionen. Das sind also alles Dinge, die eigentlich nicht angetastet werden sollten. Gerade beim Personalaufwand entsteht durch die Abschaffung der 42-Stunden-Woche und Umwandlung in die 40-Stunden-Woche ein Mehraufwand. Ich kann mir nicht vorstellen, wie Sie da Einsparungen vornehmen wollen.

Ich komme zum Schluss. Ob wir diesem Haushalt zustimmen werden - das möchte ich heute noch nicht ausschließen -, werden wir natürlich davon abhängig machen, was Sie mit unseren Anträgen machen, ob Sie endlich auch einige Anträge akzeptieren, die sinnvoll und vernünftig sind, obgleich dies für alle Anträge zutrifft. Ich gehe nicht so weit wie der Kollege Halbleib, der gleich einen neuen Haushalt fordert. Ich glaube, das kriegen wir nicht hin. Vielleicht macht es der Finanzminister, weil er Ihnen einen Gefallen tun will. Ich will das nicht. Wir werden uns mit diesem Haushalt auseinandersetzen und in den Ausschüssen noch einige Diskussionen - auch in Bezug auf den Beschluss zum Haushalt - führen.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Mütze hat sich schon auf den Weg gemacht, und das ist auch gut so. Er hat das Wort.

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Präsident, Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein großer Entwurf sieht anders aus. Herr Minister, ich denke, das wissen Sie auch.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Was hätte man denn von diesem Nachtragshaushalt erwarten können? - Man hätte einen Fingerzeig erwarten können, wie es in Zukunft vor dem Hintergrund der Finanzkrise weitergehen soll. Man hätte den Beginn einer Strategie erkennen wollen, wie man

mit zwei Milliarden struktureller Verschuldung pro Jahr in den kommenden Jahren umzugehen gedenkt, eine Antwort darauf, ob man Schulden machen will oder soll, um die vor uns liegenden Aufgaben schultern zu können, eine Antwort darauf, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie es mit den Haushalten in den nächsten Jahren überhaupt weitergehen soll, jetzt, nachdem wir doch keine Rücklagen mehr haben, nachdem die Privatisierungserlöse komplett aufgebraucht sind bis auf einen Teil, den uns der Minister im Lauf dieses Haushaltsjahres sicher einmal nennen wird, und die Kosten der BayernLB vor der Tür stehen. Zudem soll in fünf Jahren die Schuldenbremse greifen, die uns verbieten wird, Schulden aufzunehmen. Herr Minister, vor diesem Hintergrund reden Sie von soliden Grundlagen. Ich meine: Solide Grundlagen sehen anders aus!

(Beifall bei den GRÜNEN)

All das, was ich jetzt aufgezählt habe, Herr Minister, hätte man erwartet, zumindest einen Hinweis darauf, wie die Probleme in Zukunft angepackt werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, nichts davon ist zu finden. Auch in seiner Einbringungsrede hat uns der Minister nur die altbekannten Lobhudeleien vorgetragen, die wir schon seit Jahren hören, dass sowieso alles gut ist, immer besser wird und nichts zu kritisieren sei. Statt der erwarteten Hinweise haben Sie uns erzählt, dass das Prinzip Hoffnung regiert. Gut, die Hoffnung stirbt zuletzt, heißt es. Von einem Finanzminister erwarte ich aber doch schon so etwas wie ein Konzept dafür, wie er seinen Haushalt in den nächsten Jahren durch die Krise führen will. Hoffnung heißt bei Ihnen doch nur, dass Sie auf Hilfe von außen setzen; von irgendwoher soll Hilfe kommen. "Von außen" heißt in Ihrem Fall: Sie setzen auf Steuermehreinnahmen. Sie hoffen, dass die Konjunktur anspringt, dass die Menschen das viele Geld, das sie jetzt durch Schwarz-Gelb im Bund angeblich in der Tasche haben werden oder haben sollen oder bald nicht mehr haben, weil die Gesundheitskosten höher werden, ausgeben können. Sie hoffen, dass das Wirtschaftswachstum so groß wird, dass es uns hilft, unsere Defizite zu finanzieren.

Herr Minister, wie viel bringt Bayern ein Prozent Wirtschaftswachstum? - 300 Millionen Euro? 500 Millionen Euro? Sie haben selbst, Kollege Halbleib hat es schon einmal auf-

gezählt, ein strukturelles Defizit in den nächsten drei Jahren in Höhe von 8 Milliarden eingeräumt. 8 Milliarden! Überlegen Sie einmal, welches Wirtschaftswachstum wir bräuchten, um das ausgleichen zu können. Sechs Prozent? Sieben Prozent? Dazu ein Kommentar aus der "FAZ" vom 27. Dezember 2009:

Um allein die Kosten des bizarren Wachstumsbeschleunigungsgesetzes zu kompensieren, wäre ein Wirtschaftswachstum von sieben Prozent nötig. Die reine Fiktion!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie wissen doch ganz genau, wann wir in Deutschland das letzte Mal ein Wachstum von über fünf Prozent hatten. Das war in den Jahren der Wiedervereinigung, 1989 und 1990, da waren es etwa um die fünf Prozent. Als es zum letzten Mal ein Wirtschaftswachstum von über sieben Prozent gab, Herr Minister, da sind wir beide, Sie und ich, gerade einmal in den Kindergarten gegangen; das war 1969, das war in den Wirtschaftswunderjahren. Ich glaube nicht, dass dieses Prinzip eine Grundlage ist, auf die man in den nächsten Jahren die Haushalte bauen kann.

Bleiben wir beim Wachstum. Da gibt es seit Dezember dieses Gesetz, das ich gerade erwähnt habe. Im Dezember haben Sie uns lang und breit erklärt, warum das kommen muss und warum unbedingt Steuern gesenkt werden müssen, um Wachstum zu kreieren: damit die Menschen mehr Geld im Portemonnaie haben. "Wachstumsbeschleunigungsgesetz" haben Sie das genannt. Die Medien haben schnell durchschaut, worum es dabei ging; da war schnell die Rede von "Wahnsinnsbeschleunigungsgesetz" und von "Schuldenbeschleunigungsgesetz". Genau das trifft es. Herr Minister, Sie haben nämlich vergessen - oder Sie wollten es nicht hören oder Sie haben es einfach nicht erkannt -, dass uns hier in Bayern mit Ihren Steuersenkungsplänen Geld gestohlen wird - ich muss es so hart sagen -, das unser Haushalt dringend gebraucht hätte. Sie hatten schon vier Milliarden Steuermindereinnahmen, und Sie haben uns zusätzlich 360 Millionen Euro im

Dezember geklaut, einfach so, und noch zusätzlich 300 Millionen Euro den Kommunen, die ohnehin schon stöhnen. Frau Kollegin Kamm wird dazu noch etwas sagen.

Nennen Sie das nachhaltige Finanzpolitik - Einnahmen wissentlich verringern und auf die Hoffnung setzen? Auch hier weiß die "FAZ": "Jeder weiß, dass sich die Steuergeschenke nicht selbst finanzieren werden, sie sind nichts anderes als Raub an unseren Enkeln." Sie haben also nicht nur den aktuellen Haushalt massiv geschädigt, sondern auch noch die Zukunft unserer Kinder verspielt, weil die natürlich die Schulden finanzieren dürfen. Aber Hauptsache, Sie haben nebenbei noch eine Lobby bedient. Ich liebe die "FAZ" für ihre Kommentare; leider ist der Herr Ministerpräsident nicht mehr da. Die Medien wissen, warum das so kommen musste:

Horst Seehofer setzte es durch in Berlin, offensichtlich, weil er damit irgendwas bei irgendwem absahnen kann. Irgendjemand hat den Nutzen. Der Schaden wird auf den Rest verteilt.

Danke, sagen die Hoteliers und streichen die eine Milliarde Förderung ein. Danke, sagen die Geschäftsreisenden, die ihr Frühstück jetzt zum Teil selbst zahlen müssen. Danke, sagen die Finanzämter, die jetzt noch mehr Arbeit haben, weil sie die Frühstückskosten nicht mehr so einfach wie früher abrechnen können. Reiner Bürokratieaufbau ist das.

Bürokratieabbau ist eine Aufgabe für Herrn Stoiber. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie meinen, ihm immer noch sein Europabüro finanzieren zu müssen. Ich habe heute ein Interview mit ihm gelesen, aus dem hervorgeht, dass er jetzt noch wichtiger wird und noch mehr Aufgaben übernehmen muss. Der Bayerische Staat finanziert ihm diese Aufgaben. Das kann es doch nicht sein! Gleichzeitig soll auch noch das Büro von Herrn Beckstein aufgestockt werden.

(Zuruf des Abgeordneten Eberhard Sinner (CSU))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit muss Schluss sein. Wer uns in Großmannssucht in Kroatien in das Abenteuer Hypo Alpe Adria gejagt hat, wer uns dort in die Miesen

geritten hat und als Verwaltungsrat nicht aufgepasst hat, der muss zu einer Konsolidierung des Staatshaushaltes beitragen, liebe Kolleginnen und Kollegen, und kann von uns nicht erwarten, dass wir ihm noch seine Arbeit finanzieren. Damit muss Schluss sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir bei der BayernLB. Herr Minister, Sie haben jetzt zum fünften Male in Folge behauptet, dass es netto null Neuverschuldung gibt. Habe ich da irgendetwas verpasst, oder haben Sie da ein Kurzzeitgedächtnis, Herr Minister? Haben Sie 2008 schon vergessen: zehn Milliarden Neuverschuldung wegen der BayernLB?

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Sie argumentieren, das gehöre nicht zum Haushalt und belaste uns nicht. Das belastet uns sehr wohl, Herr Minister, auch wenn Sie das verschleiern wollen. Sie ziehen durch die Lande und erzählen - auch bei uns in Aschaffenburg, beim Neujahrsempfang der CSU -, dass wir die Hypo Alpe Adria jetzt los sind und damit die Probleme gelöst haben. Das stimmt eben so nicht.

Herr Minister, wie finanzieren Sie denn die Fonds, die einmal aus dem Eigenkapital der Landesbank gespeist wurden, den Denkmalschutzfonds, den Altlastensanierungsfonds, den Naturschutzfonds? Wie finanzieren Sie die Kosten für die Abschirmung der Risiken der LB in den nächsten Jahren? Wie finanzieren Sie die fehlende Dividende? Wie finanzieren Sie die fehlenden Zinszahlungen? Die sollten ja durch Gebühren ersetzt werden. Das wird Ihnen die EU nicht erlauben. Woher kommt das Geld?

Ich stelle fest, Herr Minister: Uns liegt zum heutigen Tage ein unterfinanzierter Haushalt vor. Sie müssten eigentlich schon jetzt den nächsten Nachtragshaushalt mit Schulden vorlegen, wenn Sie wirklich ehrlich wären.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Einmal geben Sie zu, dass Sie Schulden machen müssen. Sie haben für 2011 schon jetzt 810 Millionen für die Kosten der LB eingestellt, wovon Sie sagen, das werden Sie finanzieren müssen. Dass das reichen wird, glauben Sie nicht und ich auch nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hätten, wie gesagt, Hinweise darauf erwartet, wie man auf zukünftige Anforderungen reagieren will. Wie aber agieren Sie in diesem Nachtragshaushalt? - Wie in den letzten Jahren, klein-klein, ein bisschen mehr hier, ein bisschen weniger da, Gießkannenprinzip - das kennen wir schon -, Haushaltssperre von zehn Prozent bei den Sachausgaben und Verwaltungsausgaben, Verschiebung von zugesagten Stellenhebungen. Das schätzen die Beamten, nachdem sie sich natürlich über die Rückführung ihrer Arbeitszeit auf die 40-Stunden-Woche gefreut haben, die in den Jahren 2012 und 2013 kommen soll. Liebe Beamtinnen und Beamte, ich werde Sie in zwei oder drei Jahren daran erinnern. Vielleicht wird Ihnen dann der Finanzminister sagen müssen, dass er sich das nicht leisten kann. Das wären 2.500 Stellen mehr. Ich bin gespannt, wie er die in diesem Zeitraum finanzieren will.

Herr Minister, Sie selbst haben Herrn Kollegen Halbleib auf seine mündliche Anfrage geantwortet, bezüglich neuer Projekte gebe es keine Spielräume mehr. Schauen Sie einmal in Ihren Haushaltsentwurf hinein. Dort sind neue Projekte zu finden, zum Beispiel das Kongresszentrum in Altötting. Ist es eine Aufgabe des Freistaates Bayern, ein Kongresszentrum zu mehr als 60 %, mit insgesamt neun Millionen Euro, zu fördern? Nein. Ist es Aufgabe des Freistaates, einem ehemaligen CSU-Granden für diesen Zweck ein teures Grundstück abzukaufen? Nein. Ist es Aufgabe der Staatsregierung, für Agrotechnik zu werben? Nein. Ich dachte immer, die Staatsregierung sei gegen Agrotechnik?

Ist es Aufgabe des Freistaates, den Nahluftverkehr zu fördern? Wir Unterfranken haben große Flughäfen in Frankfurt und in Nürnberg. Wir haben außerdem Geschäftsflughäfen in Großostheim und Haßfurt. Warum braucht Giebelstadt einen ausgebauten Flughafen?

Interessant finde ich, was Sie, Herr Minister, als Ihre Aufgabe ansehen. Als es um die Frage ging, wo Einsparungen im Haushalt möglich sind, sind Ihnen als erstes die Rückstellungen zum Pensionsfonds für die Beamten eingefallen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor drei Jahren haben wir eine große Debatte über die Frage geführt, ob wir einen Pensionsfonds aufbauen sollten oder nicht. Einige Kollegen haben gemeint, dies mache keinen Sinn, solange wir Schulden hätten. Schließlich haben wir uns entschieden, diesen Pensionsfonds anzulegen, um die drohenden Pensionslasten zumindest untertunneln zu können.

Der erste Sparvorschlag, der Ihnen eingefallen ist, war, diesen Pensionsfonds um 35 Millionen Euro zu kürzen. Herr Ministerialdirigent Hüllmantel musste diese Maßnahme gestern im Ausschuss begründen. Als er das vorgelesen hat, hat er sich gewunden. Die Begründung muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen: Das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht sei gestört, deshalb sei diese Maßnahme nötig und möglich. Das glaube ich ihm. Aber Herr Minister, was stimmt denn jetzt eigentlich? Ist das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gestört oder steht der Haushalt auf einer soliden Grundlage, wie Sie uns das gerade erzählt haben?

Eines ist an dieser Geschichte noch perfider: Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU und der FDP, wenn es stimmt, dass das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gestört ist, warum haben Sie dann nicht auf die 39 Millionen Euro Spielgeld verzichtet, die Sie zur eigenen Verfügung haben? Der Verzicht auf dieses Geld wäre ein Zeichen an die Bürgerinnen und Bürger gewesen. Damit hätten Sie klar gemacht, dass Sie sparen und dieses Geld nicht ausgeben wollen. Das wäre eine Einsparung im Haushalt gewesen. Davon habe ich von Ihnen jedoch noch nichts gehört. Vielleicht kommt noch ein entsprechender Einsparvorschlag von Ihnen. Zugegeben: Diese Mittel lagen im letzten Haushalt noch bei 150 Millionen Euro. Aber die Zeiten sind nun einmal schlecht.

Die Maßnahme, die Sie hinsichtlich des Pensionsfonds beschlossen haben, funktioniert relativ einfach. Sie legen diese Kürzung einfach fest. Wir gehen aber davon aus, dass auch die nächsten drei Jahre schwierig werden. Wer sagt uns denn, dass Sie dann keine

weiteren Kürzungen vornehmen werden? Die Kollegen der Koalitionsparteien haben uns gestern im Ausschuss gesagt, dass das nie geschehen würde. Wir werden uns das Protokoll dieser Sitzung sehr gut aufheben, damit wir es herausziehen und Sie daran erinnern können.

Was ist in der Haushaltspolitik in den nächsten Jahren nötig? Wir müssen das strukturelle Defizit in Bayern beseitigen. Wir müssen ein weiteres Aufwachsen der Haushalte vermeiden. Wir müssen die Einnahmebasis stabilisieren und dürfen sie nicht selbst schmälern und wesentlich schädigen, wie Sie dies mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz getan haben. Wir dürfen vor allem die Erbschaftssteuer nicht abschaffen, die uns Einnahmen in Höhe von 977 Millionen Euro verschafft, wie Herr Kollege Halbleib ausgeführt hat. Sie ist eine der wenigen Steuern, die in den letzten Jahren aufgewachsen ist. Diese Steuer dürfen wir uns nicht selbst wegnehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Selbstverständlich müssen wir Ausgaben auf den Prüfstand stellen. Allein der Subventionsbericht, der uns von Ihnen dankenswerterweise zur Verfügung gestellt wurde, weist Summen in Höhe von 2,8 Milliarden Euro aus. Hier müssen wir herangehen. Wir müssen bei unserer Investitionstätigkeit Schwerpunkte setzen und nachhaltig investieren. Wenn GRÜNE von nachhaltigem Investieren reden, wissen Sie, was damit gemeint ist. Wir müssen nachhaltiges Wirtschaften fördern und in Bildung und Köpfe investieren. Die Kolleginnen und Kollegen haben darauf hingewiesen, dass Sie hier kürzen. Sie nehmen Lehrkräfte aus der Hauptschule heraus. Deshalb können Sie nicht sagen, dass Ihnen Bildung wichtig wäre. Wir müssen außerdem in Forschung und nicht in den Straßenbau investieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, was Sie mit den genannten 39 Millionen Euro tun werden. Für die Hälfte dieses Geldes werden sich einige Kolleginnen und Kollegen bei Durchschneideaktionen auf einem Foto wiederfinden. Bayern verfügt bereits über

13.000 Kilometer Staatsstraßen. Die Zahl der Schulabbrecher liegt jedoch immer noch bei 6 %. Wir haben zig Klassen mit über 30 Schülern. Verringern Sie die Klassenstärken und sorgen Sie dafür, dass die Schulabbrecherzahl zurückgeht. Sorgen Sie außerdem dafür, dass die genannten 13.000 Kilometer Staatsstraßen gepflegt werden, und sorgen Sie nicht für immer neue Straßenkilometer.

Sie haben in die energetische Sanierung der Gebäude - mit Hilfe des KP II - Milliarden investiert. Das ist eine starke Leistung, die ich nicht verhehlen möchte. Aber wie viele staatliche Gebäude warten in Bayern noch auf ihre Sanierung? Es sind Tausende. Wir warten immer noch darauf, dass Bayern seine Klimaschutzbestrebungen verstärkt. Hier setzen Sie in diesem Nachtragshaushalt keinen Schwerpunkt. Den einzigen großen Ausgabenschwerpunkt haben Sie mit 140 Millionen Euro auf die Kinderbetreuung gelegt. Die Betreuungsquote liegt jedoch nur bei knapp 10 %. Gefordert sind aber 35 %. Herr Minister, das bedeutet, dass uns noch 80.000 Krippenplätze fehlen. Hier hätten wir eher Millionen investieren sollen.

Eine Aufgabe der nächsten drei oder vier Jahre wird das Beenden des "Weiter so" sein. Herr Minister, Sie können nicht mehr so weitermachen wie bisher. Sie haben keine Rücklagen und keine Privatisierungserlöse mehr. Diese Zeiten sind vorbei. Herr Ministerpräsident Stoiber hat das Geld mit vollen Händen ausgegeben. Herr Ministerpräsident Seehofer tut dies auch. Eine erste Maßnahme wäre zum Beispiel, dem Ministerpräsidenten ein Pflaster auf den Mund zu kleben, damit er keine Versprechungen mehr machen kann, die Sie dann wiederum bezahlen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Anträge zu diesem Haushalt zielen darauf ab, die Investitionen in die richtige Richtung zu lenken. Herr Minister, wichtiger ist aber - das ist Ihnen und Ihrem Haus auch bewusst -, dass wir von Ihnen ein Konzept erwarten, wie wir über die nächsten schwierigen Haushaltsjahre kommen. Ich bin auf die Haushaltsberatungen in den nächsten Wochen gespannt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Für die FDP-Fraktion folgt als nächster Redner Herr Kollege Klein.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Welt, Europa, Deutschland und Bayern befinden sich in der schlimmsten Wirtschaftskrise seit über 80 Jahren. Die Ausfuhren sind in den ersten neun Monaten des Jahres 2009 um 24 % zurückgegangen. Der Auftragseingang ist um über 20 %, in manchen Branchen noch viel intensiver, faktisch weggebrochen, teilweise über Nacht. Die Wirtschaftsleistung ist nach allen Prognosen, die wir heute haben, im Jahr 2009 um 5 % geschrumpft.

Auch wenn die konjunkturelle Talsohle erreicht ist und wir positive Anzeichen haben, ist es doch wichtig festzuhalten, dass diese wirtschaftliche Situation spürbare Auswirkungen auf den bayerischen Haushalt hat. Ich bin verblüfft darüber, dass hier immer wieder der Eindruck erweckt wird, wir seien für diese Wirtschaftskrise verantwortlich. Aus dieser Kritik nehme ich Herrn Kollegen Halbleib ausdrücklich aus. Die geringeren Steuereinnahmen, mit denen der Staat infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise leben muss, sind von außen verursacht worden. Wir müssen damit fertig werden und tun dies auf die bestmögliche Art und Weise. Wir tun dies mit dem Ziel, auch im Jahr 2010 einen ausgeglichenen Haushalt zu gewährleisten.

Das ist eine gute Nachricht für die Bürgerinnen und Bürger; denn es ist ein Zeichen dafür, dass wir unsere Probleme zunächst aus eigener Kraft stemmen, bevor wir andere Personen und Beteiligte in die Pflicht nehmen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben für 2010 weniger Steuereinnahmen im Umfang von 1,4 Milliarden Euro zu erwarten. Das ist nicht wenig; das ist eine Reduzierung um 5 %. Wir begegnen dem mit zusätzlichen Maßnahmen, die wir intern stemmen. Es ist richtig, das tut uns teilweise

weh und das betrifft auch Gebiete, auf denen wir lieber nicht kürzen würden, aber kürzen müssen. Es geht unter anderem um die Ausdehnung der Sperre bei den sachlichen Verwaltungsausgaben auf eine Zusatzsperre. Auch die sachlichen Verwaltungsausgaben bleiben in dem Umfang gesperrt. Es geht um die Verschiebung der für das Jahr 2010 vorgesehenen kostenwirksamen Stellenhebungen im Rahmen des künftigen Dienstrechts. Die Verschiebung erfolgt vom 01.09.2010 auf den 01.01.2011. Außerdem geht es um den Versorgungsfonds. Auch das wurde schon erwähnt. Wir nehmen diese Teile heraus, um einen ausgeglichenen Haushalt vorzeigen zu können.

(Volkmar Halbleib (SPD): Vorzeigen - das ist gut!)

Wir haben aber die Zusage - das war heute ein wichtiger Beitrag des Finanzministers -, dass die eingeplanten Gelder der Landesbank kommen werden. Das ist ein wichtiges Signal nach außen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben 10 Milliarden Euro in die Hand genommen, um diese wichtige Stützungsaktion durchzuführen. Dafür sind wir kritisiert worden. Wir haben es trotzdem getan, weil wir es als wichtig für Bayern erachtet haben. Jetzt müssen wir aber zusehen, dass nicht weitere Schulden gemacht werden müssen. Hier gilt es, jede Möglichkeit zu nutzen. Ich verstehe nicht, wie Sie von der Opposition den Finanzminister an dieser Stelle kritisieren können.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ich möchte zum Thema des ausgeglichenen Haushalts auf eines hinweisen. Sie tun so, als wäre das nur ein Hirngespinnst von uns. Ich wüsste allerdings gerne, wo wir heute stünden, wenn wir die Vorschläge, die Sie in der Diskussion zum Doppelhaushalt eingebracht haben, verwirklicht hätten. Ich nenne nur die Zahlen für 2010. Die Anträge der SPD hatten ein Volumen von 1,3 Milliarden Euro, die Vorschläge der GRÜNEN lagen bei 760 Millionen Euro - da sind übrigens die Vorschläge zum Einsparen schon berücksichtigt - und die Anträge der Freien Wähler bei 934 Millionen Euro. Meine sehr geehrten

Damen und Herren, wenn Sie uns hier vorwerfen, wir würden keine solide Haushaltspolitik betreiben, dann möchte ich Sie fragen, was bei Ihnen solide Haushaltspolitik wäre.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Klein, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Karsten Klein (FDP): Gegen Ende meiner Rede.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bitte?

Karsten Klein (FDP): Keine Zwischenfrage jetzt.

Zum Staatsstraßenbau haben die GRÜNEN einen sehr netten Vorschlag gemacht. Ich wünsche Ihnen viel Spaß dabei, wenn Sie den Leuten vor Ort erklären, warum wir keine Umgehungsstraßen mehr bauen können und warum zu wenig Lärmschutz betrieben wird, mit dem Sie uns in jeder zweiten Sitzung des Wirtschaftsausschusses traktieren. Wo wären diese Themen, wenn wir den Staatsstraßenbau so eindampfen würden, wie Sie das vorschlagen?

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der ausgeglichene Haushalt ist kein Selbstzweck, sondern ein erster Beitrag dieser Koalitionsregierung, um für Stabilität in der Krise zu sorgen. Unser zweiter Beitrag besteht darin, dass wir die Investitionen - das hat der Finanzminister zu Recht schon gesagt - in einer Höhe von 5,78 Milliarden Euro, also mit einer Quote von 13,8 %, die beispiellos in der gesamten Bundesrepublik ist, auf hohem Niveau halten. Das ist ein Beitrag dieser Koalitionsregierung. Der Durchschnitt im Westen liegt bei 11,11 %. Ich glaube, da könnten sich viele bei uns eine Scheibe abschneiden. Dabei steigen allein die Ausgaben in der Staatsbauverwaltung um 15 %. Unser Handeln ist ein entscheidender Beitrag zur Herstellung von Stabilität in der Krise. Wenn viele immer wieder über zukünftige Aktionen reden, möchte ich sagen, dass wir auch in der Gegen-

wart etwas tun. Wir blicken nicht nur in die Zukunft - das tun wir auch -, sondern arbeiten auch in der Gegenwart an Stabilitätsfaktoren für Bayern und Deutschland.

(Beifall bei der FDP)

Neben diesen Prozentzahlen und Milliardenbeträgen gibt es auch inhaltliche Punkte, die wir umsetzen, um mit diesem Haushalt die Erholung zu unterstützen. Wir haben nach den Prognosen, die ich vorhin schon erwähnt habe, in diesem Jahr eine leichte Erholung im Umfang von 1,6 % bis 2 % - je nach Institut - zu erwarten. Wir ergreifen Maßnahmen, die zur Erholung beitragen. Ich denke nur an das Krisenmanagement unseres Wirtschaftsministers Martin Zeil und an den Mittelstandsschirm. Wir haben in beiden Haushalten 100 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt. Damit konnten bereits über 1.900 kleine und mittelständische Unternehmen unterstützt werden, um besser durch die Krise zu kommen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Des Weiteren denke ich an das Strukturprogramm Nürnberg-Fürth. 115 Millionen Euro stellt die Staatsregierung hier zur Verfügung. Es ist ein wichtiger Schritt, in dieser doch etwas gebeutelten Region Akzente zu setzen. Ein weiterer Punkt ist die Regionalförderung. Hier halten wir mit derzeit im Haushalt angesetzten 131 Millionen Euro das hohe Niveau. Hinzu kommt der Ausbau anwendungsnaher Forschungsinfrastruktur.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das alles sind Maßnahmen, die in der Gegenwart wirken, aber den Blick in die Zukunft richten, damit unsere Unternehmen und das Land Bayern gestärkt aus der Krise hervorgehen. Wir blicken mit den Investitionen nicht in die Vergangenheit, sondern in die Zukunft.

(Beifall bei der FDP)

Wir leisten einen weiteren Beitrag. In der Diskussion wurde der Punkt heute zum Teil etwas vorwurfsvoll vorgebracht. Der eine oder andere hat es für sich auch charmant beschrieben. Ich finde aber, dass es eine erhebliche Leistung ist, dass wir neben den

konjunkturell bedingten 1,4 Milliarden Euro Steuermindereinnahmen auch noch die 360 Millionen Euro schultern, die Bayern aufgrund des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes weniger an Einnahmen hat. Diesen Betrag schultern wir in diesem Haushalt und legen Ihnen einen ausgeglichenen Haushalt vor. - Und da höre ich nicht einmal ein Wort des Lobes. Liebe Opposition, an dieser Stelle wäre es wirklich angebracht gewesen, ein Lob auszusprechen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir sind absolut davon überzeugt, dass das Wachstumsbeschleunigungsgesetz der richtige Weg ist; denn bei allen positiven Anzeichen darf man nicht in Euphorie verfallen. Der Fall war tief, und gebremst wurde er durch eine expansive Geldpolitik und Konjunkturprogramme. Wir von der FDP-Fraktion sind davon überzeugt, dass der Weg aus der Krise über Wachstum führt. Er führt über die Kräfte der sozialen Marktwirtschaft und kann nicht vom Staat getragen sein. Es gilt deshalb, die Kräfte der sozialen Marktwirtschaft zu stärken. Genau das tun wir mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz, auch wenn es Ihnen nicht passt.

(Beifall bei der FDP)

Wir sorgen für eine bessere Liquidität der Unternehmen und für die Basis von Zukunftsinvestitionen. Wir entlasten Familien und Bezieher geringer Einkommen. Ich glaube, das sind hehre Ziele. Diese Gruppen werden im Übrigen auch von den Kommunen immer wieder in das Zentrum des Interesses gestellt.

Wenn wir schon bei den Kommunen sind, dann möchte ich sagen: Ich habe durchaus Verständnis dafür, dass Herr Pointner die Sorgen der Kommunen hier vorbringt. Wir sind schließlich alle auch Vertreter der kommunalen Ebene. Das gilt für alle Fraktionen, auch die FDP. Ich bin selbst Stadtrat in Aschaffenburg wie auch der Kollege Mütze. Ich denke aber, auch die Kommunen müssen ein Stück weit ehrlich sein. Die Unterlagen, die Ihnen das Finanzministerium zur Verfügung gestellt hat, sprechen eine gewisse Sprache und beruhen auf Fakten. Man kommt nicht daran vorbei, dass die Kommunen gerade auf-

grund der Steuerreform im Jahr 2005 und der sehr positiven wirtschaftlichen Entwicklung eine sehr erfreuliche Entwicklung bei den Einnahmen hatten, im Übrigen eine erfreulichere Einnahmenentwicklung als der Freistaat Bayern. Das gehört zur Wahrheit, wenn man die finanzielle Situation der Kommunen anspricht.

Aufgrund der geschilderten Situation ist es selbstverständlich, dass die Kommunen dann, wenn die wirtschaftliche Entwicklung negativ verläuft und wir für eine Steuerentlastung bei den Bürgerinnen und Bürgern sorgen, ihren Teil tragen müssen. Das tut uns allen auf der kommunalen Ebene weh, aber es ist nun einmal so. Denn sonst müssten wir in wirtschaftlich besseren Zeiten den Betrag der Kommunen einfrieren. Das wäre die Konsequenz aus den Vorschlägen, die von Ihrer Seite kommen. Wir jedenfalls sehen die Finanzierung der Kommunen nicht so. Ich glaube, so sollten auch die Kommunen ihre Situation nicht sehen.

Der Finanzminister hat im Gespräch mit den Kommunen über die Finanzausgleichszahlungen einen sehr guten Kompromiss erzielt. Die Kommunen waren - zähneknirschend, keine Frage - einverstanden. Ich gehe davon aus, dass wir auch in Zukunft in dieser Regierung in Bayern mit den Kommunen partnerschaftlich umgehen werden. Dafür stehen CSU und FDP gemeinsam.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dann sage ich etwas, was ich auch bei uns zuhause sage. Ich meine die freie Spitze. Sicher sind es Durchschnittswerte, aber so, wie wir uns in Zukunft bei den freiwilligen Ausgaben an der Nase fassen müssen, werden auch die Kommunen nicht darum herumkommen. Die errechnete freie Spitze ist nicht unerheblich. Sie ist extrem angewachsen. Da sind in Krisenjahren Potentiale vorhanden, die die Kommunen angreifen müssen. Das müssen wir von den Kommunen auch erwarten. Eines ist auch klar: Sie fordern einen ausgeglichenen Haushalt, Sie fordern, dass wir uns nicht verschulden, und das Geld, das die Kommunen fordern, liegt nicht im Banktresor, sondern dieses Geld

müssen wir uns im Zweifel auch auf dem Finanzmarkt besorgen. Es ist so nicht vorhanden. Jetzt bitte Kollege Mütze.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Entschuldigung, das Wort erteile immer noch ich, Herr Kollege Klein. Bevor Herr Kollege Mütze eine Zwischenbemerkung machen kann, hat sich Herr Kollege Halbleib zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Volkmar Halbleib (SPD): Kollege Klein hat jetzt die zwei unterfränkischen Kollegen aus dem Haushaltsausschuss vor sich. Nach Gewicht geordnet beginne ich einmal.

(Georg Schmid (CSU): Nach Kilo oder nach politischem Gewicht? - Ernst Weidenbusch (CSU): Nicht Gewicht, sondern Masse!)

Kollege Klein hat mit Blick in die Runde des Hohen Hauses gefragt, wie denn die Opposition dazu komme, Änderungsanträge zu stellen. Er hat dabei von einer Größenordnung von einer Milliarde Euro gesprochen. Er hat dabei gefragt, ob es aus Sicht einer lebendigen Oppositionsfraktion nicht sinnvoller wäre, Anträge zu stellen, die Investitionen im Freistaat und Investitionen für die Menschen, also Investitionen für Bildung, Betreuung, Familie usw. nach sich ziehen, statt Steuersenkungen auf Pump vorzunehmen. Rechnen Sie einmal beide Beträge zusammen - das, was die Landesbank 2010 an Zinsen und laufenden Belastungen verursacht, und das, was uns das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, die Steuersenkungen, kostet. Sie kommen zusammen auf eine Belastung von 880 Millionen Euro. Dabei sind auch die Kommunen mit berücksichtigt. Die müssen Sie schon hinzurechnen, Herr Fahrenschon. Diese Belastungen für den Freistaat Bayern haben schließlich auch etwas mit dem kommunalen Finanzausgleich zu tun. Im nächsten Jahr werden aus diesen zwei Faktoren Belastungen in Höhe von etwa 1,8 Milliarden Euro entstehen. Deshalb müssen Sie einer Oppositionsfraktion auch zugestehen, dass sie Vorschläge macht, wie man dieses Geld sinnvoller ausgeben könnte, bevor sie die Fehler der Regierung akzeptiert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Klein.

Karsten Klein (FDP): Herr Kollege Halbleib, es ist natürlich richtig, dass uns die Ausgaben für die Landesbank schmerzen. Das geht allen an der Regierung Beteiligten so. Natürlich ist es Ihr gutes Recht, Anträge zu stellen und Ihre Schwerpunkte klarzumachen. Wenn Sie aber von uns Haushaltsdisziplin fordern und selbst keine Einsparvorschläge machen, müssen Sie uns auch zugestehen, dass wir Ihr Verhalten kritisieren.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Mütze hat jetzt auch noch eine Zwischenbemerkung.

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Kollege Klein, Sie haben darauf hingewiesen, dass wir beide dem Aschaffener Stadtrat angehören. Am Montag hatten wir Haushaltsberatungen. Unser Kämmerer hat uns dabei die neuen Zahlen vorgestellt. Wir haben einen Haushalt, bei dem wir uns zum ersten Mal seit zehn Jahren mit über 9 Millionen Euro verschulden müssen. Der Grund dafür ist unter anderem natürlich auch die Steuergesetzgebung in Berlin, also auch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Es schlägt bei uns in Aschaffenburg mit einem Minus von 3,4 Millionen Euro zu Buche.

Herr Klein, können Sie sich vorstellen, dass wir deswegen nicht in Jubel ausbrechen? Sie sagen, wir bräuchten keine Einsparvorschläge. Anders herum aber nahmen Sie bei der Haushaltsaufstellung im Dezember gemeinsam mit der CSU 360 Millionen Euro aus dem geplanten Haushalt heraus. Jetzt erwarten Sie von uns, dass wir Sie dafür loben. Können Sie sich vielleicht vorstellen, dass es als bizarr empfunden wird, wenn Sie sich einerseits selbst das Geld kürzen, andererseits aber auch noch darauf hoffen, diese Kürzungen mit Einsparvorschlägen seitens der Opposition ausgleichen zu können?

Karsten Klein (FDP): Ich will jetzt nicht auf die Bedingungen in Aschaffenburg eingehen. Es ist aber eine grundsätzliche Frage, wie wir im Verhältnis zwischen Staat und Bürgern stehen. Ich kann Ihnen sagen: Wir warten nicht auf Sparvorschläge von Ihnen, damit wir

den Haushalt ordentlich aufstellen können. Wir sind der Meinung, dass die 360 Millionen Euro richtig angelegt sind. Wenn wir nur herumsitzen und darauf warten, dass etwas passiert, kommen wir nicht nach vorne. Wir müssen handeln und mutig zupacken. Das tun wir mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Es ist besser, mutig nach vorne zu gehen als dazusitzen, auf die Schlange zu schauen und zu warten, bis sie zubeißt.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU - Volkmar Halbleib (SPD): Wir stehen am Abgrund und gehen mutig einen Schritt weiter! So ist es in der Politik!)

Die Maßnahmen, die wir mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz ergreifen, und die Zeichen, die wir damit setzen, zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Dabei muss man auch daran festhalten, dass Bayern trotz allem im Vergleich zu anderen Ländern sehr positiv dasteht. Wir haben eine Arbeitslosenquote von 4,6 %. Bundesweit beträgt sie 7,8 %. Das ist der Stand vom Dezember 2009. Bayern hat eine Zinsquote von 2,7 %. In den restlichen Bundesländern beträgt sie 8 %. Wir leisten einen Beitrag zum Länderfinanzausgleich in Höhe von 3,4 Milliarden Euro. Allein diese drei Zahlen sprechen dafür, dass Bayern zwar in der Krise steckt, aber nicht am Boden zerstört ist. Wir haben eine gewisse Stärke und ein gewisses Potenzial. Dieses Potenzial gibt uns Chancen, und es ist gleichzeitig der Auftrag, dass wir unsere Vorreiterrolle in Deutschland wahren.

Allerdings dürfen wir bei allen diesen Zahlen nicht aus dem Blick verlieren, dass wir ein Defizit von zwei bis drei Milliarden Euro haben. An der Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass die 8 Milliarden Euro, von denen der Kollege Mütze gesprochen hat, nicht für jedes Jahr gelten. Es sind jedes Jahr zwei oder drei Milliarden Euro.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich bitte um Entschuldigung. Nachdem Sie vorhin so großzügig Herrn Kollege Mütze das Wort erteilen wollten, war ich der Meinung, Sie seien mit Ihrem Redebeitrag fertig. Darum habe ich die Zwischenbemerkungen zugelassen, die laut Geschäftsordnung normalerweise immer im Anschluss an einen Redebeitrag erfolgen. Darum war ich jetzt ein bisschen irritiert, weil Sie weitermachten.

Karsten Klein (FDP): Ich hatte gedacht, Kollege Mütze meldet sich zu einer Zwischenfrage.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Sie haben vorhin aber gesagt, Sie lassen keine Zwischenfrage zu. Ich schlage vor, Sie führen Ihren Redebeitrag fort.

(Volkmar Halbleib (SPD): Zu den Haushaltstricks kommen auch noch Redetricks! -

Thomas Hacker (FDP): Er wollte eine Frage des Kollegen Mütze zulassen, und dieses Recht hat er, Herr Präsident!)

Karsten Klein (FDP): Wie gesagt, wir haben ein Defizit von zwei bis drei Milliarden Euro. Dieses Defizit müssen wir dieses Jahr natürlich auch in den Griff bekommen. Die mittelfristige Finanzplanung wurde in den letzten Tagen von der Presse schon sehr intensiv angesprochen. Der entscheidende Punkt wurde dabei aber immer vergessen. Der entscheidende Punkt der mittelfristigen Finanzplanung besteht darin, dass die Prognosen für das Bruttoinlandsprodukt nur von einem Wachstum von 1,2 bis 2 % ausgehen. Das bedeutet für uns in Deutschland, aber auch in Bayern, dass das Defizit bleiben wird, und dass wir uns deshalb damit beschäftigen müssen. Wir von der FDP sind nicht der Meinung, dass sich die Einnahmen an den Ausgaben orientieren müssen. Wir sind der Meinung, dass wir eine Balance zwischen Staat und Bürgern brauchen. Diese Balance ist nach sieben Jahren einer rot-grünen Regierung und nach fünf Jahren einer Großen Koalition aus den Angeln geraten.

(Beifall bei der FDP)

Wir steuern 2010 auf eine Staatsquote von sage und schreibe 49 % zu.

(Volkmar Halbleib (SPD): Und auf die höchste Nettoneuverschuldung!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das entspricht nicht mehr unserem Verständnis von einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Bürgern und Staat, welches der Kernpunkt einer sozialen Marktwirtschaft ist.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb müssen wir über diese Themen sprechen. Die FDP steht weiterhin kritisch, aber auch partnerschaftlich der Haushaltskonsolidierung gegenüber. Wir werden uns gemeinsam mit der Regierung mit dem Defizit beschäftigen. Wir wollen es in diesem Jahr in den Griff bekommen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Meine Damen und Herren, setzen Sie die Zwischenbemerkungen jetzt gedanklich an die richtige Stelle. Wir fahren fort mit dem Redebeitrag von Herrn Kollegen Winter für die CSU.

Georg Winter (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen, werte Kollegen! Ich darf Sie alle recht herzlich begrüßen. Der Haushalt für 2010 enthält viele gute Botschaften. Das Uninteressante an diesem bayerischen Haushalt könnte sein, dass er zu viele gute Nachrichten enthält und deswegen wenig Aufmerksamkeit findet.

(Ludwig Wörner (SPD): Bei Ihnen oder was?)

Ich bin sehr dankbar, Herr Kollege Wörner, dass Sie meinen Beitrag mitverfolgen. Das Erfreuliche ist, und das ist das Wesentliche für unsere Bürgerinnen und Bürger, dass es auf den Inhalt ankommt. Mit diesem Haushalt werden sich für viele Bürgerinnen und Bürger in Bayern positive Perspektiven ergeben. Es wird wichtige Investitionen geben, wie der Herr Staatsminister aufgezeigt hat, in den Bereichen Kinder, Bildung, Innovation und Infrastruktur.

An dieser Stelle sollten wir nicht vergessen, dass dieser Haushalt auch 42 Milliarden Euro Ausgaben enthält und der Freistaat Bayern der größte Arbeitgeber ist. Der Freistaat bietet 270.000 Menschen einen Arbeitsplatz. Ich denke, es ist eine wichtige Botschaft, dass wir die Personalquote nicht nur als Belastung sehen, sondern dass wir sehen: Hier sind 270.000 Mitbürgerinnen und Mitbürger für uns beispielsweise in der Bildung und

der inneren Sicherheit tätig. Diese Bürgerinnen und Bürger nehmen wichtige Aufgaben wahr.

(Christa Naaß (SPD): Da spart Ihr doch 500 Millionen Euro ein!)

Das ist ein wichtiger Beitrag.

(Beifall bei der CSU)

Herr Finanzminister, es ist mir ein herzliches Anliegen, Ihnen zu danken. Sie legen auch im zweiten Jahr der Krise, und das ist ganz wichtig hervorzuheben, trotz der Stützungsmaßnahmen für die Landesbank - wir wollen nichts weglassen - einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung vor.

(Zuruf von der SPD)

Herr Kollege Halbleib, wenn Sie sagen, hier würden Probleme in die Zukunft verschoben, so muss ich Ihnen entgegenhalten, dass gerade dieser ausgeglichene Haushalt ein Beitrag für die künftigen Generationen ist. Das meine nicht nur ich, sondern wir alle, die wir in der Vergangenheit für einen ausgeglichenen Haushalt gekämpft haben. Der ausgeglichene Haushalt ist das Gegenteil einer Lastenverschiebung. Es ist sehr schwer, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, und wir haben dafür auch viel Prügel eingesteckt.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

In den letzten fünf Jahren war es doch so: Bei jeder Tat, die finanziell nicht möglich war, hieß es, daran sei der ausgeglichene Haushalt schuld. Ob ausgeglichener Haushalt oder Landesbank, es ist falsch, immer nach einem Sündenbock zu suchen. Das ist sowieso ein bewährtes Prinzip. Wer einmal in Afrika war, hat dort den Aberglauben kennenlernen können, dass immer jemand schuld ist. Wer, das steht schon vorher fest. Einmal ist es die Tante, dann der Schwager, dann der Onkel. Dafür gibt es genaue Rituale. Ich habe manchmal das Gefühl, dieses Ritual wird bei uns gerne fortgesetzt.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Und das, was Sie machen, das ist doch Haushalts-Voodoo, da wenden wir auch Ihre Regeln an!)

Meine Damen und Herren, man kann natürlich fragen: Was ist im nächsten Jahr? Schön ist es aber, wenn wir feststellen können, dass es trotz geringerer Steuereinnahmen und trotz der Krise - immerhin die größte Krise, die nach Kriegsende eingetreten ist - gelingt, für 2009 und 2010 einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Das war aber nur möglich, weil bei uns hier in Bayern in der Vergangenheit sorgfältig gewirtschaftet wurde. Es war möglich, Zukunftsinvestitionen in den Haushaltsentwurf aufzunehmen, und zwar ohne neue Schulden, um damit neue Perspektiven für die Zukunft zu schaffen. Herr Staatsminister Fahrenschon, ich darf Ihnen, aber auch Herrn Staatssekretär Pschierer und den Damen und Herren des Finanzministeriums, namentlich Herrn Dieter Knauer, der nach harten 20 Jahren eine neue Tätigkeit übernimmt, ganz herzlich danken.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich möchte in meiner Rede keinen kritischen Punkt auslassen, deshalb werde ich gleich zu Beginn auf das Thema Landesbank eingehen und mich mit der Frage beschäftigen, wie die Chancen stehen, dass wir die solide Haushaltspolitik auch über das Jahr 2010 hinaus fortführen können.

Zum Thema Bank: Es ist wichtig, dass wir ein bisschen über den Tellerrand hinaussehen und uns fragen, wie es bei den anderen Landesbanken in Deutschland aussieht? Wie haben andere die Krise bewältigt, was haben sie dafür ausgegeben? Wie sieht die Situation der Länder und wie sehen deren Haushalte aus? - Man kann feststellen, die Größenordnung bewegt sich zwischen 13 und 17 Milliarden Euro, ob es um die WestLB oder um die HSH-Nordbank geht, obwohl diese beiden Banken wesentliche kleinere Bilanzsummen als die LBBW oder die BayernLB aufweisen.

Bayern bleibt, trotz der umfangreichen Kapitalmaßnahmen, die wir für die BayernLB schultern müssen, das mit Abstand solideste Land mit der geringsten Pro-Kopf-Verschuldung. Sie betrug im Jahr 2009 2.600 Euro. Der Freistaat hat die geringste Zins-

lastquote in Höhe von 2,7 % und die höchste Investitionsquote mit 13,8 % der westlichen Flächenländer. Bayern steht damit in deutlichem Abstand zu dem auf Platz zwei nachfolgenden Baden-Württemberg. Baden Württemberg hat mit 5,4 % eine exakt doppelt so hohe Zinsquote wie der Freistaat. Die Investitionsquote in Baden-Württemberg ist einstellig und liegt bei 9,7 %, während wir uns bei 13,8 % bewegen. Die Pro-Kopf-Verschuldung in Baden-Württemberg ist um 50 % höher als die in Bayern. Das ist die Situation, die wir uns vor Augen führen müssen. Wenn wir jetzt noch weiter nach Norden blicken, nach Nordrhein-Westfalen und zur WestLB oder nach Schleswig Holstein zur HSH Nordbank, dann können wir feststellen, dass dort die Pro-Kopf-Verschuldung und die Zinslastquote gleich dreimal so hoch wie im Freistaat sind. Es gibt also riesige Abstände. Damit soll nichts verniedlicht werden, aber unsere Bürger und Bürgerinnen sollen erfahren, wie es um unsere Finanzen steht und wie es um unsere Haushaltspolitik einschließlich der genannten Stützungsmaßnahmen bestellt ist.

Ich möchte auch nicht weglassen, was diese Maßnahmen im Jahr 2009 gekostet haben. Das sind exakt 61,8 Millionen Euro. Und jetzt kommt die Klage, weil das Unternehmen Minus macht. Die 61,8 Millionen Euro sind die Haushaltsbelastung aus diesem Ereignis in 2009. Was wir bei unserer Betrachtungsweise aber oft übersehen ist die Tatsache, dass in den 15 Jahren zuvor eine Milliarde Euro an die Eigentümer, also an den Freistaat Bayern und die Sparkassen, ausgeschüttet wurden. Ich habe vorhin gesagt, wir müssen uns fragen, ob wir Unternehmer sein wollen oder nicht. Diese Frage stellt sich in der nächsten Zeit im Hinblick auf die Bank, aber auch bei anderen Dingen immer wieder.

Die SPD ist oft schnell bei der Hand und sagt, dies und das soll der Staat machen. In diesem Fall ist es aber schon interessant, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir im Jahr 2007 nach Abzug der Steuern eine Nettoausschüttung in Höhe von 96 Millionen Euro bei der Bank verbuchen konnten. Das stand aber nie groß in der Zeitung, darüber hat sich auch nie jemand beschwert. Darüber wurde auch keine Debatte geführt. Jetzt reden wir aber von 61,8 Millionen Euro. Im Haushalt 2010 reden wir von 83 Millionen Euro. Es hat aber niemanden aufgeregt, dass wir im Jahr 2006 aufgrund der Ausschüt-

tung eine Nettoeinnahme in Höhe von 107 Millionen Euro hatten. Es hat sich auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, niemand darüber beschwert, dass die Bank im Jahr 2005 an ihre Eigentümer 100 Millionen Euro netto ausgeschüttet hat. In den Jahren 2005, 2006 und 2007 hat die Bank also mehr ausgeschüttet als die Beträge, die wir im letzten Jahr oder jetzt im Jahr 2010 für die Bank aufbringen müssen. Man sollte wissen, ein Unternehmen ist immer ein Risiko. Deshalb sollte man sich beide Seiten genau anschauen und nicht nur dann, wenn eine Sache einmal nicht so gut läuft. Ich habe diese Zahlen hier vorliegen. Das kann jeder gerne nachlesen. Das ist eine Statistik, die sehr viel Mühe gemacht hat, die meine Aussagen aber schwarz auf weiß belegt.

Zum Nachtragshaushalt: Sie haben es mitverfolgt, der Nachtragshaushalt steigt um 2,1 % an. Es ist wichtig, dass wir trotz 5 % weniger Steuereinnahmen den Haushalt ausgleichen können. Das können wir, wie schon gesagt, weil wir in den letzten Jahren die vielen Wünsche und Anträge immer abgelehnt haben. In der Presse war dann immer zu lesen, wir hätten die Anträge "abgeschmettert". Ohne das Nein zu den vielen Wünschen hätten wir heute aber nicht die Rücklage, um den Haushalt ausgleichen zu können.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Wir haben doch noch nicht einmal ansatzweise soviel gefordert! Bleiben Sie doch bei der Sache!)

- Herr Kollege Dr. Beyer, ich habe davon gesprochen, welche Belastungen es ganz konkret im Jahr 2009 gegeben hat, denn wir beraten heute den Haushalt. Mich interessiert immer das "Ist". Wenn Sie in Ihren Geldbeutel hineinschauen, dann interessiert Sie auch nur das "Ist". Im Geldbeutel gibt es kein "Soll".

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Ich habe von eurem schlechten Wirtschaften bei der Landesbank gesprochen! Jeder hat sein Thema!)

- Sie wissen ganz genau, es geht nicht darum, hier etwas zu rechtfertigen. Es ist ein Unternehmen, und da gibt es Plus und Minus. Es gibt positive Entscheidungen und falsche Entscheidungen. Die Frage, ob man vorher schon hätte sehen können, dass es

eine falsche Entscheidung war, wird jetzt untersucht. Herr Kollege Güller ist vor Ort und sieht sich das an.

(Zuruf: Und Kreuzer auch!)

- Herr Kollege Kreuzer ist auch dabei. Wir sind dafür, dass diese Fragen wirklich aufgeklärt werden. Sie wissen genau, dass wir an der Aufklärung interessiert sind, denn die Aufklärung ist die wichtigste Voraussetzung dafür, dass wir im Jahr 2013 wieder die Wahlen gewinnen können. Deshalb sind wir so nachhaltig an Aufklärung interessiert.

(Beifall eines Abgeordneten der CSU)

Das muss man hier ganz offen zugeben und ansprechen. Das ist unser Anliegen, und das sind wir auch den Bürgerinnen und Bürgern schuldig.

Lassen Sie mich nun meine Rede zum Haushalt fortsetzen. Es kam bereits zum Ausdruck, was uns hier in Bayern auszeichnet: Das ist die hohe Investitionsquote von 13,8 %. Prozentrechnen ist immer so eine Sache. Wir haben gelernt, Prozent hängt immer von Hundert ab. Es gab noch eine Steigerung zum Wahljahr 2008. Zum Jahr 2009 kommen wir jetzt mit einer dritten Steigerung auf 5,8 Milliarden Euro, die allein dieser Haushalt an Investitionen bringt. Er kurbelt zum Beispiel die Bereiche Städtebau und Dorferneuerung an. Hier können wir den Multiplikator dazurechnen, denn wir wissen, dass ein Euro, den wir reinstecken, oft das Fünf-, Sechs- oder Siebenfache bewirkt. Insofern ist das ein wichtiger, notwendiger Riesenimpuls, ein Wachstumsgarant für unseren Mittelstand.

Gelegentlich wird vom "Kaputtsparen" geredet. Aber wenn man sieht, was wir investieren, kann man davon nicht reden, ganz im Gegenteil: Wir sind hier wirklich mutig unterwegs, wie es der Kollege Klein gesagt hat. Selbst auf Ereignisse wie die Pleite bei Quelle in Nürnberg können wir mit einem Strukturprogramm antworten; dazu haben wir die Kraft und die Fähigkeit. Das war im Interesse der betroffenen Menschen notwendig und ist auch gut angekommen.

Letztes Jahr hatten wir eine große Debatte anlässlich des Zukunftsprogramms "Konjunkturpaket II". Es wurde darüber diskutiert, ob das schnell genug geht, ob wir es anders machen müssen, Riesenbedenken und Riesen Zweifel wurden damals vorgetragen, zwar nicht von Ihnen, Herr Kollege Halbleib, sondern von Ihrer Kollegin. Aber heute können wir erfreulicherweise feststellen, dass schon zum Stand November 2009 1,5 Milliarden Euro der Mittel aus dem Konjunkturpaket II bewilligt sind; insgesamt umfasste das Paket 2 Milliarden. Das heißt: 75 % des Konjunkturpakets II sind bei uns auf dem Weg und sind bereits in der Investition. Denn die Bewilligung der Mittel kommt nach der Baufreigabe. Die Dinge sind voll im Laufen; die Umsetzung klappt. Die Bedenken der Opposition haben sich in Luft aufgelöst.

Kommen wir zur Bildung. Kollege Eisenreich ist da. Ich habe dazu nur einen einzigen Satz notiert, nicht weil das Thema nicht wichtig wäre, sondern weil ich an dieser Stelle dem Kultusminister einen Glückwunsch aussprechen möchte. Sein Etat hat die Rekordmarke von 9,47 Milliarden Euro im bayerischen Haushalt erreicht. Er hat eine Steigerung von knapp 4 %. Das ist ein großartiger Beleg dafür, was uns Bildung wert ist.

(Beifall bei der CSU - Volkmar Halbleib (SPD): Gegenüber dem Stammhaushalt ist das eine Kürzung, Herr Kollege! Das müssen Sie schon auch sagen!)

- Nein. Ich habe die Zahlen 2009 angeschaut und mit der Tabelle Nachtrag 2010 verglichen.

(Georg Schmid (CSU): Das kann der Haushaltsausschussvorsitzende schon!)

9,47 sind mehr als 8,9. Und darum sage ich, dass das mehr ist. Wir haben noch Gelegenheit, darüber zu sprechen.

(Zurufe von der SPD)

Wir machen da schon die richtigen Vergleiche. Die Debatte, Herr Kollege Halbleib, können wir gerne fortsetzen.

Lassen Sie mich zu einem ganz wichtigen Punkt neben der Bildung kommen: Kinder sind unsere Zukunft. Hier können wir wirklich Großartiges vorweisen. Das kann man sich, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch gut einprägen. Wir haben hier die höchsten Zuwachsraten im Haushalt; Frau Staatsministerin ist anwesend. Beim Vollzug des neuen Gesetzes haben wir im vergangenen Jahr zusätzlich 140 Millionen Euro drauflegen müssen, um der Nachfrage gerecht zu werden, sodass wir jetzt im Haushalt 2010 820 Millionen Euro für die Kinderbetreuung eingestellt haben. Das ist auch für Oliver Jörg wichtig, weil er ein junger Familienvater ist. Interessant ist, was herauskommt: Die Betriebskostenförderung im Kinderbereich beträgt 820 Millionen, die Investitionen in die Krippen umfassen 82 Millionen, das Landeserziehungsgeld 100 Millionen - das macht zusammen eine Milliarde Euro; das lässt sich leicht addieren. Wir geben in Bayern allein eine Milliarde Euro für die Betreuung von Kindern aus.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wichtig ist auch das Angebot für die Kinder unter drei Jahren. Da war die Frage, ob Bayern Schlusslicht ist und was Bayern hier tut. Es gab kritische Anmerkungen vom Herrn Oberbürgermeister und anderen Vertretern der Landeshauptstadt München. Erfreulicherweise lässt sich feststellen, dass wir da wirklich super vorankommen. Der Fördersatz beträgt zwischen 60 und 80 %. Hier haben wir gemeinsam mit dem Bund ein Programm in der Größenordnung von 440 Millionen Euro aufgelegt. Zielmarke war, dass wir bis 2010 175 Millionen Euro ausgeben. Tatsächlich sind wir bereits bei 250 Millionen Euro angekommen. Die Umsetzung klappt also toll. Damit haben wir auch einen Spitzenwert vor Nordrhein-Westfalen und vor Baden-Württemberg erreicht, die mit 230 und 94 Millionen nach uns rangieren. Die Umsetzung läuft gerade in dem wichtigen Aufgabenbereich der Betreuung der Kinder unter drei Jahren hervorragend und klappt.

Die nächste Frage war, wie es mit der Konsolidierung aussieht. Auch dieser Frage wollen wir uns stellen. Da ist es gut, wenn man sich damit befasst, wie es bisher gelaufen ist. Denn früher gab es auch Jahre, in denen nicht so viel an Steuern eingenommen worden ist, wie wir an Ausgaben aufgeschrieben haben bzw. an Bedarf vorhanden war. Die

Statistik weist hier ganz andere Zahlen aus. Denn häufig ist von den Kommunen die Rede, Herr Kollege Pointner, und davon, wie schlecht es ihnen geht. Herr Pointner, Sie als ehemaliger Bürgermeister und Landrat haben das angesprochen; wir Kommunalpolitiker können das nachverfolgen und nachvollziehen. Interessant ist, dass sich bei den Kommunen per Saldo der Einnahmen und Ausgaben im Schnitt von zehn Jahren in Bayern ein Plus von 360 Millionen pro Jahr ergibt; in zehn Jahren sind das 3,6 Milliarden. Die Kommunen haben über die letzten Jahre hinweg mehr Einnahmen als Ausgaben gehabt. Von daher haben sie also eine solide Grundlage. Das lässt sich auch in der Schuldenstatistik auf der kommunalen Ebene nachvollziehen.

Wie sieht es beim Freistaat Bayern aus? - Das interessiert uns heute ganz besonders beim Haushalt 2010. Interessant ist, dass wir hier große Abweichungen hatten. Im Jahr 2003 hatten wir bei den Steuern zwischen den Einnahmen und Ausgaben ein strukturelles Defizit und einen Konsolidierungsbedarf von 2,7 Milliarden. Trotzdem ist es gelungen, auch solche Schwierigkeiten zu meistern. Diese Aufgabe war ähnlich der, die uns jetzt bevorsteht. Das ist uns gelungen, ohne die Verschuldung übermäßig zu erhöhen. Wir haben es im Schnitt über die Jahre gesehen geschafft, solche Schwankungen auszugleichen. 430 Millionen weniger pro Jahr sind eine Größenordnung, die man bei einem Haushalt von 42 Milliarden Euro schaffen kann; man kann das Gesamtproblem zwar nicht in einem einzigen Jahr schaffen, sondern man muss den Zeitraum etwas länger betrachten. In den zehn Jahren ist dies gelungen. Wir haben in den vergangenen Haushaltsjahren von 1999 bis 2008 ganze vier Milliarden neue Schulden gemacht.

Die Sorge mit dem Kaputtsparen brauchen wir uns nicht zu machen. Wer hier im Plenarsaal ein Land nennen kann, das beim Kaputtsparen erwischt worden ist, möge sich melden. Mir ist keines eingefallen. Ich weiß nicht, ob irgendein Kollege ein Beispiel kennt von jemandem, der sich beim Kaputtsparen den Tod geholt hat. Ich glaube, es gibt andere Beispiele, aber in diese Richtung ist mir noch keines unter die Augen gekommen. Vielleicht kann uns jemand einen Hinweis geben zu diesem neuen Schlagwort. Meine Damen und Herren, wichtig waren die Rücklagen. Sie belegen die solide Politik. Herr

Kollege Halbleib hat gesagt, wir betrieben keine solide Haushaltspolitik. Wenn man keine neuen Schulden macht und Rücklagen hat, wird geklagt, dass die Rücklagen irgendwann zu Ende sind.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Da kann man doch nur sagen: Wer Rücklagen hat, hat solide gewirtschaftet.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich habe Ihnen hier eine Liste mitgebracht; der Ausschuss-Vize bekommt diese Liste und kann das anschauen, wie die Zahlen rauf- und runtergehen. Die Vergangenheit war einmal genauso wie die Zukunft, die vor uns liegt. Hier ist ein wichtiges, interessantes Blatt, das ich hier vorzeige, Herr Kollege Beyer. Das ist mal eine interessante Lektüre.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Gerne!)

Dieses Blatt befasst sich mit dem Länderfinanzausgleich und mit dem Umsatzsteuer-ausgleich.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Meinen Sie den mit Kärnten? Die 3,7 Milliarden? Ja, darüber müssen wir reden!)

- Nein. Schauen Sie, jetzt habe ich Ihnen das Blatt gezeigt, und trotzdem wissen Sie nicht, was draufsteht. Bayern hat als Geberland im Jahr 2009 3,4 Milliarden geleistet. Das muss man sich einmal vor Augen halten. Das Nehmerland war Berlin unter Wowereit, unter einer rot-roten Regierung; die brauchen 2,9 Milliarden von uns, um überleben zu können, allein beim Länderfinanzausgleich.

Jetzt machen wir die Gesamtrechnung auf: Bayern hat in der gesamten Nachkriegszeit bis zum heutigen Tage 9,4 Milliarden erhalten. Wir haben mittlerweile 34 Milliarden einbezahlt. Das heißt: Wir haben zwischenzeitlich 25 Milliarden Euro mehr abgeliefert, als wir einst bekommen haben.

(Georg Schmid (CSU): Hört, hört! - Peter Winter (CSU): Das soll uns erst mal jemand nachmachen!)

Meine Damen und Herren, mit diesen 25 Milliarden hätten wir alle Schulden, die Bayern in den letzten sechzig Jahren von 1947 bis 2007 gemacht hat, locker tilgen können.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das ist eine Milchmädchenrechnung! - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Jetzt wird es unangenehm für Sie; ich habe es schon gemerkt. Herr Kollege Halbleib, Sie kennen doch die vertraglichen Regelungen, mit denen wir den Länderfinanzausgleich so gestaltet haben, dass wir da rauskommen. Es ist doch klar, dass diejenigen, die davon profitieren, uns nur entlassen werden, wenn es unbedingt sein muss.

Bleiben wir beim Thema und kommen zum Umsatzsteuerausgleich. Es wird gelegentlich vergessen, dass aufgrund eines Urteils die Länder, die unterdurchschnittliche Steuereinnahmen haben, profitieren müssen. Das ist nicht anders als beim Länderfinanzausgleich. Für den Umsatzsteuerausgleich haben wir im vergangenen Jahr zwei Milliarden Euro durch Umschichtung abgegeben. Wir haben also nicht nur für den Finanzausgleich 3,4 Milliarden Euro aufgewendet, sondern auch zwei Milliarden Euro für den Umsatzsteuerausgleich. Der Gesamtblick ist interessant. Neben den 25 Milliarden Euro Länderfinanzausgleich wurden seit 1995 zusätzlich 21 Milliarden Euro zu unseren Lasten beim Umsatzsteuerausgleich umgeschichtet. Zusammen sind das 46 Milliarden Euro von Bayern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier können wir Träume anmelden. Mit den 46 Milliarden Euro hätten wir alle Schulden zahlen können und all das, was wir für die Stützung der BayernLB aufbringen mussten und aufbringen werden, übernehmen können. Wir hätten den Konsolidierungsbedarf für die nächsten drei Jahre zahlen können, und es wäre sogar noch etwas für den "FBI" übriggeblieben. Dies alles könnten wir mit den 46 Milliarden Euro, die wir beim Länderfinanzausgleich und Umsatzsteuerausgleich in Netto abgeliefert haben, leisten.

Damit wird deutlich, was Bayern ist: ein leistungsfähiges, ein starkes Land mit guter solider Haushaltspolitik, leistungsfähiger Wirtschaft und mit Weitblick.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss und bitte den Präsidenten, dass ich das zu Ende bringen darf.

Die Zukunftsfähigkeit, die Generationengerechtigkeit und die Perspektiven für die Jugend sind uns eine wichtige Leitlinie bei der Umsetzung und Gestaltung der künftigen Haushaltspolitik. Das zeichnet Bayern aus und darum beneiden uns andere. Die schöne Landschaft habe ich nicht aufgeschrieben,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Die habt ihr auch gemacht!)

aber zehn weitere Punkte: sehr hohe Investitionsquote, niedrige Zinslast, geringste Pro-Kopf-Verschuldung der Flächenländer West, eine Milliarde Euro für Kinder, großes Engagement für die Bildung - 9,5 Milliarden Euro -, zwei der drei Eliteuniversitäten befinden sich in Bayern, Spitzenwerte bei der inneren Sicherheit, Spitzenstellung bei erneuerbaren Energien in Deutschland, große Nachfrage und hochwertiges Angebot in der Gesundheitswirtschaft, hoher Exportanteil und Hightechprojekte.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Uns freut es immer, wenn man schon eine Minute vor Ende der Redezeit gefragt wird und nicht erst danach. Als letzter Rednerin in dieser Debatte darf ich Frau Kollegin Kamm für die Fraktion der GRÜNEN das Wort erteilen. Bitte schön.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach den Milliarden-Visionen des Kollegen Winter möchte ich auf den Tagesordnungspunkt 2 a der heutigen Tagesordnung zurückkommen. Dieser Gesetzesentwurf der Staatsregierung markiert meiner Meinung nach eine Wende im bayerischen

Finanzausgleich. Von dieser Wende haben weder Herr Finanzminister Fahrenschon noch Herr Winter oder Frau Görlitz gesprochen. Vielmehr wurde so getan, als ginge es beim Finanzausgleich nach wie vor nur um die Frage, wie welche Investitionszuschüsse geregelt werden sollen. Ich meine, dieser Gesetzentwurf ist ein Markierungspunkt, weil durch ihn der Finanzausgleich gekürzt werden soll. Begründet wird dies damit, dass dem Freistaat das Geld fehle, der Freistaat Haushaltsprobleme habe und die Landesbank-Probleme ihn drückten.

Neu ist, dass die Kommunen in Bayern nicht mehr für die steigenden Ausgaben, die sie wegen der steigenden Aufgaben in der Jugendhilfe, der Sozialpolitik, wegen der Eingliederungshilfe der Behinderten und der Zunahme der Pflichtaufgaben haben, entschädigt werden. Nebenbei bemerkt: Der Städtetag hat darauf verwiesen, dass sich die Pflichtaufgaben der Kommunen seit 1991 mehr als verdoppelt hätten. Weder bei der Einrichtung von Ganztagsklassen noch beim Ausbau von Kinderkrippenplätzen, die 2013 nach gesetzlicher Vorgabe auf 35 % aufgestockt werden müssen, können die vorgegebenen Ziele erreicht werden. Dafür muss noch sehr viel getan werden. Trotzdem erhalten die Kommunen keinen zusätzlichen Ausgleich, sondern der Finanzausgleich soll gekürzt werden, weil dem Land Geld fehlt und das Land Probleme mit der Landesbank hat.

Sie behaupten beschönigend, um die Kürzung des Finanzausgleichs rechtfertigen zu können, dass es den Kommunen in Bayern besser ginge als dem Land, und sie führen als Beleg ein paar recht fragwürdige Charts aus dem Hause des bayerischen Finanzministeriums an. Fragwürdig an den Charts ist nicht nur der Vergleich zwischen den Kommunen und dem Freistaat bezüglich des Zeitraums. Das Jahr 2008 war wirklich ein Ausnahmejahr, das man nicht heranziehen sollte. Sie hinterfragen nicht die Berechnung der freien Spitze. Sie fragen nicht, ob das der richtige Maßstab ist.

Das größte Problem ist die Ausblendung der unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten in den bayerischen Kommunen. Sie vergleichen große mit kleinen Kommunen, gewichten

nicht strukturschwache und strukturstarke Regionen, sondern Sie werfen alles in einen Topf. Sie differenzieren nicht nach der örtlichen Situation.

(Zuruf von der CSU: Das stimmt nicht!)

- Aber ja.

Zu dem Thema "strukturschwach-strukturstark" habe ich heute nichts gehört. Ich meine, das Thema müsste man wesentlich entschiedener angehen, als das im Finanzausgleichsentwurf angezeigt worden ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie blenden in Ihrer "wunderbaren" Betrachtung, die im Jahr 2008 endet, aus, dass die Kommunen laut Steuerschätzung 2009 bereits im Jahr 2009 10 % der Einnahmen verlieren werden und im Jahr 2010 noch zusätzlich 4 % also überproportional mehr als Land und Bund. Hinzu kommt - das wurde mehrfach angesprochen - die Folgewirkung des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes, das bei den bayerischen Kommunen ebenfalls überproportional zur Einnahmeminderung führen wird. Erschwerend kommt hinzu, dass das alles gegen den ausdrücklichen Willen der Kommunen und die ausdrücklichen Aussagen der kommunalen Spitzenverbände vom Bund und vom Land durchgesetzt worden ist. Sie haben gesagt, Herr Schäuble wolle mit den Kommunen reden. Ich sage, Herr Schäuble und vor allem Sie hätten vorher mit den Kommunen reden und sich erkundigen müssen. Sie hätten die Entscheidungen, wie Sie sie wollen, nicht zulasten der Kommunen durchdrücken dürfen.

Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz führt zu Einnahmeminderungen bei den bayerischen Kommunen im dreistelligen Millionenbereich. Zudem haben die Einkommens- und Gewerbesteueränderungen in den Konjunkturpaketen I und II sowie das Bürgerentlastungsgesetz ebenfalls zu Mindereinnahmen bei den bayerischen Kommunen in dreistelliger Millionenhöhe geführt. Irgendwann ist die Schmerzgrenze überschritten.

Sie versuchen die Einnahmeminderungen ausschließlich als Folge des Konjunkturerinbruchs darzustellen und zu verkaufen. Das ist nur zum Teil richtig. Mindestens ein Drittel ist Folge der Steuerrechtsänderungen, die Sie beschlossen haben.

Herr Klein, Sie haben das Wachstumsbeschleunigungsgesetz damit gerechtfertigt, dass Sie die Familien entlasten wollen. Ich finde diese Behauptung unerträglich. Insbesondere die Familien, die Geld am dringendsten bräuchten, bekommen keine zusätzliche Kindergelderhöhung. Das sind nicht wenige Familien. Man muss nicht meinen, dass das eine Randgruppe wäre.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In vielen Städten sind es 10 bis 20 % der Haushalte mit Kindern, die nichts bekommen. Auch in dem Landkreis, aus dem Herr Winter kommt, sind es 7 % der Familien mit Kindern, die nicht vom Wachstumsbeschleunigungsgesetz profitieren. Diese Familien schieben Sie zur Seite und behaupten, Sie hätten die Familien entlastet, erwähnen aber nicht, dass diejenigen, die es am dringendsten bräuchten, ausgeklammert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für die Kommunen kommt erschwerend hinzu, dass die Milliardenverluste der Landesbank auf die Sparkassen durchschlagen werden. Sie müssen gemäß ihrem Anteil am Eigenkapital der Landesbank 200 Millionen Euro abschreiben. Daneben droht die Abschreibung der stillen Einlagen, die sie noch weit härter treffen würde. Ich möchte an dieser Stelle Herrn Fahrenschoen zitieren. Herr Fahrenschoen, Sie haben gesagt: Der Staat kann die Kommunen nicht von den Folgen der Wirtschaftskrise freistellen. Wir aber sagen: Der Staat sollte den Kommunen in dieser schwierigen Situation auch nicht zusätzlich Knüppel zwischen die Beine werfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Landauf, landab erreichen nicht nur uns, sondern auch Sie Resolutionen von Gemeinderäten, Stadträten, Landkreistagen und Bezirkstagen, in denen beklagt wird, dass die

Schulen nicht ausreichend saniert werden können, dass die Fördermittel zu schleppend bezahlt werden, dass der Zustand der Gemeindestraßen weit miserabler ist als der der Staatsstraßen und dass vor allem viele Aufgaben nicht erfüllt werden können, dass Sport- und Kultureinrichtungen reduziert werden, dass der ÖPNV und die Kindergärten teurer werden.

Ich denke, Letzteres ist ein Vergleich mit Kärnten wert. Bei uns werden die Kindergärten teurer, während sie dort umsonst sind.

Bei uns werden die Gebühren erhöht. Oft wird auch die Erhöhung der Hebesätze von Gewerbe- und Grundsteuer neu diskutiert.

Trotzdem reicht dies alles oft nicht, die Haushalte auszugleichen. Viele kommunale Haushalte stehen derzeit zur Genehmigung an. Viele haben erhebliche Schwierigkeiten. Offenbar sind die Regierungen derzeit geneigt, bei der Genehmigung der Haushalte alle Hühneraugen zuzudrücken, nicht genau hinzusehen und ziemlich abenteuerliche Haushaltsentwürfe - ich habe davon einige gesehen - mit höchst unrealistischen Einnahmeschätzungen und erheblichen Schuldenaufnahmen durchzuwinken, um in der derzeitigen Situation nur ja nicht zu viel Staub aufzuwirbeln. Wie die grandiosen Defizite, die im Jahr 2010 eintreten werden, später ausgeglichen werden sollen, ist Ihnen heute egal. Ich finde so eine Politik unverantwortlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fordern: Sichern Sie das verfassungsrechtlich garantierte kommunale Selbstverwaltungsrecht. Ziehen Sie den Gesetzentwurf auf Drucksache 16/3081 zurück. Sichern Sie den bayerischen Kommunen über den Bundesrat auch eine angemessene Beteiligung des Bundes an den Wohngeldkosten. Und schaffen Sie die Grundlagen für einen ausreichenden Kindertagesstättenausbau. Es ist notwendig, für die bayerischen Kommunen Handlungsspielräume zu erhalten. Es dürfen nicht Probleme schöngeredet werden, um sich von ihnen wegzustehlen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Gemäß § 148 der Geschäftsordnung werden die Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss überwiesen.